

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzjährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 10. Feber 1923.

Nr. 33.

Der Wahnsinn geht weiter.

Die Gewalttat des französischen Imperialismus zieht immer weitere Vergewaltigungen nach sich. Vor einigen Tagen haben die französischen Truppen das besetzte Gebiet des Brändenkopfes Mchl überschritten und sind in Baden eingebrochen, wo sie neben Offenburg eine Reihe anderer Städte besetzt haben. Damit nicht genug, schiebt die französische Armeeleitung ihre Soldaten auch an anderen Stellen vor und die Besetzung von Elberfeld und des Buppertales ist nur eine Frage von Tagen. Wo schließlich der Vormarsch, dessen Fortsetzung durch die Fruchtlosigkeit der französischen Gewaltanwendung bedingt ist, enden wird, ist nicht abzusehen. Der Wahnsinn zeitigt förmlich naturnotwendig neuen Wahnsinn. Indessen geht das Verderben unablässig seinen Weg. Und dieses Verderben tricht nicht nur über Deutschland mit elementarer Wucht herein, es muß auch Frankreich und in seinen Auswirkungen ganz Europa in den Abgrund ziehen.

Die französische Regierung begründet den Einbruch ihrer Truppen in Baden damit, daß sie ihn als Straffaktion für die von der Reichsverwaltung verfügte Stilllegung der internationalen Züge Paris—Prag und Paris—Warschau erklärt. Weil also ein paar Schlafwagen- und Speisewagen-Passagieren Unbequemlichkeiten bereitet werden, sieht sich die französische Regierung berechtigt, eine ganze Anzahl deutscher Städte unter die Diktatur ihrer Truppen zu stellen. Sie beruft sich dabei auf eine angebliche Verletzung des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung. Damit aber kann sie über die klare Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sie selber den Friedensvertrag in der unerhörtesten Weise verletzt.

Wie ist die Rechtslage? Der Paragraph 367 des Friedensvertrages verpflichtet Deutschland, bei der Einrichtung eines direkten Fahr- und Reiseverkehrs für Reisende und ihr Gepäck mitzuwirken: „zu diesem Zwecke hat Deutschland insbesondere die aus dem Gebiete kommenden Züge und Wagen zu übernehmen und sie mit einer Geschwindigkeit weiterzuleiten, die mindestens der für Fernzüge auf demselben Strecken gleichkommt“. Frankreich erblickt eine Durchbrechung dieser Bestimmungen darin, daß Deutschland die internationalen Züge Paris—Prag und Paris—Warschau eingestellt hat. Die deutsche Reichsregierung macht dagegen geltend, daß die Einstellung dieser Züge, wie vieler anderer, erfolgt sei, weil der durch den Ausfall der Ruhrkohle entstandene Kohlenmangel eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs notwendig gemacht habe. Der Einwand ist gewiß stichhaltig, denn wie kann Deutschland zur ungeschmälernten Fortführung des internationalen Eisenbahnverkehrs gezwungen werden, wenn Frankreich ihm kaum die für die eigenen Industrie- und Haushaltszwecke nötigen Kohlenmengen beläßt! Aber selbst wenn man diesen Grund nicht gelten lassen wollte, so kommt ein anderer, weit triftiger hinzu, der das Vorgehen Frankreichs als nackten Rechtsbruch erdienen läßt. Im ganzen Friedensvertrag findet sich auch nicht ein Wort, der in irgendeinem Falle die Besetzung badischen Bodens zulassen würde. Bei „Nichterfüllung des Friedensvertrages“ wird lediglich das Gebiet links vom Rhein einschließlich der jugendlichen Brändenköpfe als „Garantie“ bestimmt. Daß einer oder die Gesamtheit der alliierten Staaten das Recht habe, bei einer Verletzung Deutschlands gegen den Friedensvertrag über das ursprüngliche Okkupationsgebiet hinauszugehen, um Deutschland zu strafen, davon enthält der Vertrag kein Wort.

Es ist also nur eine widerwärtige Komödie, wenn Poincaré den von ihm verübten neuesten Gewaltakt, ebenso wie alle früheren, in das Gewand des Rechtes zu kleiden sucht. Mit Recht hat der Einfall in Baden ebenso wenig zu tun, wie das Wüten der französisch-belgischen Soldateska im besetzten Gebiet, wie die Unterstellung deutscher Staatsbürger unter

335 Berliner Schulen wegen Kohlenmangels vor der Sperrung.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) In Berlin werden die Folgen der Kohlensperrung bemerkbar. 29 Gemeindeschulen müßten bereits gesperrt werden. Aber auch die anderen Schulen der Gemeinde werden dieses Los noch teilen müssen, so daß die Sperrung von 335 Schulen bevorsteht. Die Stadt- und Vorortbahnen haben die Heizung eingestellt.

* *

Frankreichs nutzlose Bemühungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) Die Mitteilungen der französischen Presse, daß es gelang, einige Kohlenzüge über die belgische Grenze zu bringen, werden hier ruhig aufgenommen. Die acht Züge bedeuten gegen die früheren Lieferungen eine minimale Menge und man ist sich darüber klar, daß die Franzosen nur dann die Kohlen, die noch auf den Bahnen liegen abtransportieren können, wenn sie das ganze Eisenbahnnetz des Westens tatsächlich beherrschen und in eigenen Betrieb nehmen. Außerdem ist die Produktion nunmehr auf zehn Prozent der früheren gesunken.

Zahlreiche junge Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien sind im Ruhrgebiet eingetroffen, die gegen fünf, bis zwanzigfachen Lohn den Dienst auf den Bahnen übernehmen sollen. Bei ihrer Ausreisefreiheit werden sie den Franzosen eher schaden als nützen.

Unter dem Eindruck der Mißerfolge scheint das Vorgehen Lardieus in der Kammer gegen Poincaré zu stehen. Der französische Arbeitsminister ist nach Brüssel abgereist, um die belgische Regierung zu beruhigen.

Alle Versuche der Franzosen, die Rheinschiffahrt wieder in Gang zu bringen, sind bisher gescheitert. Die Maschinen haben beschossen, den Generalstreik fortzusetzen, obwohl auch die Schweiz unter der Vertreibungseinstellung leidet.

Die neue Vereinigung zum Schutze der Wirtschaftsinteressen im Rheinland empfiehlt den Kaufleuten und Industriellen die Ablehnung von Requisitionsbefehlen und fordert sie auf, für Rechnung der Reparationen nichts zu liefern, empfiehlt aber gleichzeitig, zum Streik nur auf ausdrücklichen Befehl der Reichsregierung zu schreiten, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Frankreich sucht Spiege!

Essen, 7. Feber. (WZ.) Die Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie eingangs darauf hinweisen, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet in ein neues Stadium eingetreten ist. Nach den täglich zunehmenden Fällen schwerer Eingriffe in Berufsleben und Arbeitsverhältnisse, nach den Verhaftungen und Mißhandlungen, nach den brutalen Gewalttaten, die bereits mehrere Menschenleben kosteten, nach der Kohlenperre über das unbesetzte Deutschland, nach den Beschlagnahmen selbst der den Bergarbeitern für den eigenen Haushalt zustehenden Kohle, scheinen es die militärischen Gewalttaten Frankreichs jetzt darauf

die französische Gerichtsbarkeit und die französische Militärdiktatur und die Beschlagnahme der deutschen Bodenschätze. Was Poincaré „Recht“ nennt, ist die Frage des Rechtes. Die Heuchelei, mit der er sich auf sein „Recht“ beruft, ist ebensolcher Hohn und ebenso frivol, wie seine seinerzeitige Behauptung, die Besetzung des Ruhrgebietes sei „keine militärische Aktion“. Es wäre ehrlicher, wenn anstelle des Friedensvertrages, den Frankreich mit Füßen tritt, eine einzige Bestimmung gesetzt werden würde: „Gegen Deutschland ist alles erlaubt!“ Die militärische Aufbausucht der Eisenbahnverkehrs-Geschichte verlor offenkundig auch den Zweck, die Tschechoslowakei und Polen, die an ihr interessiert sind, gegen Deutschland einzunehmen. Wollten diese Staaten das, was Frankreich als „Recht“ erklärt, sich als Beispiel nehmen, sie könnten ebensogut morgen Dresden und Breslau besetzen. Das allein kennzeichnet den tollen Widersinn dessen, was der französische Imperialismus heute als „Recht“ anzugeben mag.

Die Fortsetzung der „Sanktions“-Politik Frankreichs stürzt Deutschland heute immer

abgegeben zu haben, daß das Ruhrgebiet der Schauplatz blutiger Kämpfe werde. Zu dem Zweck werde versucht, durch Spiege und ihre Helfershelfer auf den verschiedenen Schachanlagen Unruhen zu provozieren. Beweis sei man auch an Betriebsratsmitgliedern herangehtreten, um durch Bestechungsgelder von täglich 20.000 Mark besondere Auskünfte zu erhalten. Der Aufruf stellt fest, daß diese Versuche mit Entrüstung abgewiesen wurden, warnt die einzelnen Organisationen wie die Betriebsräte und ihre Vertrauensleute vor diesen Treibereien, durch die der französische Imperialismus der Ruhrbevölkerung seine Herrschaft aufzwingen wolle, und fordert unter erneutem Appell an das Weltgewissen die sofortige Zurückziehung der widerrechtlich im Ruhrgebiet stehenden französischen und belgischen Truppen.

Der Protest des niederländischen Proletariats.

Amsterdam, 8. Feber. (WZ.) Gestern abend wurden in 25 Städten Hollands Protestversammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes abgehalten, die von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von dem Niederländischen Gewerkschaftsbund einberufen waren. An der Versammlung in Amsterdam waren 3000 Personen beteiligt. U. a. sprachen der Führer der holländischen Sozialdemokratie, Trölsstra, der hervorhob, daß Holland in dem Streit zwischen Deutschland und anderen Ländern nicht Partei nehme, aber auf dem Standpunkt stehe, daß derartige Fragen nicht mit Gewalt, sondern durch internationale Vereinbarungen gelöst werden müßten. Auch der belgische Sozialdemokrat Cede laers wandte sich gegen die Ruhrpolitik der französischen und belgischen Regierungen und erklärte, die belgischen Sozialdemokraten wünschten eine Lösung durch den Völkerbund. Freischied-Deutschland danke namens der Ruhrbevölkerung für die finanzielle Unterstützung durch die holländischen Arbeiter. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der der Wunsch ausgedrückt wurde, die niederländische Regierung möge als Mitglied des Völkerbundes seine Gelegenheit zur Herbeiführung einer internationalen Vermittlung zur Beendigung des Ruhrkonfliktes vorübergehen lassen. Die Versammlung schloß sich den Arbeitern von Frankreich und Belgien in der Verwerfung einer Politik der Gewalt an, da diese nur das Elend ganz Europas vermehre. In verschiedenen Städten verurteilten Arbeitslose und Sozialanarchisten die Versammlungen zu stören, so daß die Polizei mehrfach eingreifen mußte.

tiefer ins Unglück. Es ist soweit gekommen, daß Deutschland heute ein Land ohne Grenzen, ohne gesichertes Gebiet der eigenen Staatshoheit geworden ist. Mit Recht sagt der Berliner „Vorwärts“: „Das ist ein Zustand, der weder für das deutsche Volk noch für die übrige Welt auf die Dauer erträglich ist“. Gewiß ist, daß Deutschland durch Frankreich aufs schwerste geschädigt wird, und daß für das deutsche Volk eine unjagbare Leidenszeit hereingebrochen ist, die vor allem seine arbeitenden Schichten zu erdulden haben werden. Aber was von allem Anfang an feststand und jetzt immer sichtbarer wird, das ist, daß Frankreich durch den imperialistischen Bahnweg nichts gewinnt, vielmehr selber schwer geschädigt wird. Daß Nationalismus und Imperialismus die Zerrüttung der Welt nur immer noch steigern müssen, das wird das freilebende Poincaré erweisen. Europa aber rührt sich nicht, um der Zerstörungswut einiger machtbesessener Imperialisten Einhalt zu tun. Soll wirklich erst Europa in Flammen gesetzt werden, ehe es begreift, daß es seine Pflicht ist, dem besinnungslosen Nationalismus Zügel anzulegen?

Das Gewerkschaftsproblem auf der kommunistischen Tagung.

Auf dem eben stattgefundenen Parteitag der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei war als eigener Punkt auf der Tagesordnung das Verhältnis der Kommunisten zu den Gewerkschaften gesetzt. Wie in Deutschland ist auch bei uns das Herankommen der Kommunisten an die Massen vermittelt der von ihnen propagierten Einheitsfront und der gewerkschaftlichen Organisationen ein Lebensproblem, weil sich sonst die Tätigkeit der Kommunisten in Resolutionen und Reden erschöpfen müßte, zumal die Zahl der in dieser Partei Organisierten in ganz Europa in ständigem Rückgang begriffen ist. So wird in den Thesen über die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften, die auf dem Parteitag zur Annahme gelangten, gesagt: „Die wichtigsten Arbeiterorganisationen, welche von den Kommunisten planmäßig erobert werden müssen, sind die Gewerkschaften!“

Um diese Absicht zu verwirklichen und den Verdacht von sich abzuwälzen, daß sie die Gewerkschaften spalten und dadurch die Widerstandskraft der Arbeiterschaft schwächen wollen, bemühen sich die Kommunisten von der notwendigen Einheit der Gewerkschaften recht laut zu reden. „Die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen“, heißt es in den Thesen, „dieser wichtigsten Waffe im Klassenkampf, war bisher und bleibt weiterhin eine unabänderliche Forderung der kommunistischen Partei.“ Es wird sogar weiter des näheren gesagt, welche Katastrophe die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft bedeute und daß nur die Bourgeoisie daraus Nutzen ziehe. „Die Bourgeoisie erblickt in der Drosselung der Gewerkschaftsbewegung, in ihrer Spaltung und ihrer Zersplitterung ihre Rettung.“ Diese Worte sollte sich jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter merken. Er sollte als die Ereignisse der letzten Jahre an seinem Geiste vorüberziehen lassen, sich vor Augen halten, welche Anarchie die Kommunisten in die Arbeiterbewegung gebracht haben und er wird dann die Erkenntnis, die in dem eben angeführten Satz der Thesen liegt, in einer Weise anwenden, die den Kommunisten sehr unangenehm sein dürfte.

Naturngemäß konnte sich der kommunistische Parteitag nicht darauf beschränken, über die Gewerkschaftsfrage mit einigen allgemeinen Redewendungen hinwegzukommen, sondern mußte den kommunistischen Arbeitern sagen, wie sie sich verhalten sollen. Darüber herrscht nun in den kommunistischen Reihen eine Verwirrung wie sie größer nicht gedacht werden kann. Sollen die kommunistischen Arbeiter aus den der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Verbänden austreten oder nicht? Diese Fragen beantworteten die Thesen folgendermaßen: „Unter keinen Umständen aber dürfen die Kommunisten revolutionäre Minderheiten und einzelne Gruppen aus jenen Amsterdamer Verbänden, deren Einheit von den Amsterdamer selbst nicht zerfallen wurde, hinausführen.“ Das gerade Gegenteil davon ist nach Ansicht des Referenten über die Gewerkschaftsfrage, des bekannten Hais, der der breiteren Öffentlichkeit dadurch bekannt geworden ist, daß der von ihm geführte Verband mit den Fabrikanten für Zollerhöhungen eingetreten ist, richtig. Er erklärte zunächst, was ein sehr wertvolles Gesandnis ist, es sei nicht mehr möglich die Verbände, in denen die Kommunisten die Minderheit bilden, zu erobern. Das wäre wohl Ende 1920 und vielleicht noch 1921 zu verwirklichen gewesen, jetzt aber nicht mehr. Deswegen trägt es der Referent nach seinen eigenen Worten schwer, „daß wir tausende, ja zehntausende und vielleicht hunderttausende Arbeiter (man bemerke die Phraserei, die in diesem Umherwerfen mit den Hunderttausenden liegt, wo doch die ganze kommunistische Partei kaum über hunderttausend Mitglieder hat d. N.) in den Amsterdamer Organisationen belassen, welche bloß die Amsterdamer moralisch stärken“. Darauf habe Hais bereits in Moskau hingewiesen und er hätte, so erzählte er, die rote Gewerkschaftsinternationale vergebens zu überzeugen sich bemüht, daß dieser Standpunkt in der Tschechoslowakei überholt ist. Die Thesen also besagen, man solle die Einheit der Gewerkschaften, wo diese noch besteht, aufrecht erhalten, die kommunistischen Arbeiter sollen in diesen Verbänden weiter verbleiben, aber der Referent und geistige Führer der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei — seinen Unterführer Hais aus Reichenberg sucht man unter den Debatterendnern vergebens — erklärt dies als einen überholten Standpunkt. Die kommunistischen Arbeiter können also aus dem Bericht über ihren Parteitag herauslesen, was sie wollen. Sie können in den Verbänden verbleiben oder auch

Herunter mit den Preisen!

Die Abgeordneten Genossen Dietl, Cermak und Fischer haben in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses folgende Interpellation an den Minister für Volksverpflegung wegen zweckmäßiger Maßnahmen gegen die Preissteigerungen und für den Preisabbau eingebracht:

Die Entwicklung der Preise für Lebensmittel, Bekleidungs- und sonstigen Bedarfsgegenständen bewegt sich im zweiten Halbjahre 1922 in langsam, aber stetig abwärtsgehender Linie und die Indexziffern zeigen eine Verminderung der Haushaltskosten. Die natürliche Folge hiervon waren Lohnkürzungen, die in vielen Fällen die Preisrückgänge bedeutend überschritten und zu weiteren Einschränkungen der ohnehin bis aufs äußerste gedrückten Lebenshaltung der Arbeiter- und Festbesoldetenhaushaltungen führten. Dazu kam die Krise mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit, die das Elend vermehrte und eine weitere Bedrückung der Lebenshaltung für viele Familien brachte.

Sicher ist, daß sich der Preisabbau noch lange nicht ausgebreitet hat. Viele Gegenstände des täglichen Bedarfs sind hievon noch gänzlich unberührt geblieben; die Abgaben an den Staat, die Fahrpreise auf den Bahnen, die Postgebühren und Porti zeigen eine bedenkliche Höhe, bei vielen Artikeln ist der Rückgang lächerlich gering, so daß dem Ministerium für Volksverpflegung die Pflicht erwächst, durch ein scharfes Eingreifen die den Preisabbau widerstrebenden Elemente zum Aufgeben ihrer wucherischen Tätigkeit zu veranlassen.

Anstatt nach dieser Richtung hin mit aller Schärfe zu wirken, sehen wir vom Ministerium für Volksverpflegung eine Nachgiebigkeit gegenüber Forderungen nach Ausfuhr oder Preiserhöhungen, die jeden Konsumenten mit größter Sorge erfüllen muß. So wurde mit Zustimmung des Ministeriums für Volksverpflegung die Ausfuhr von vielen hundertern Waggons Mehl aus der Tschechoslowakei gestattet, obwohl wir gerade in diesem Produkt keinerlei Ueberfluß haben und zur Deckung unseres Bedarfs ganz beträchtliche Zufuhren aus dem Auslande benötigen.

Eine neuerliche Welle von Preissteigerungen hat eingeleitet und an der Spitze marschiert das Zuckersyndikat, das trotz Lohnabbau und verminderter Erzeugungskosten mitten in der Verbrauchsperiode den Zuckerpreis um 25 Heller für ein Kilogramm, das sind mehr als 5 Prozent erhöhte. Ihm folgte in kürzeren Abständen die Erhöhung der Preise der Mahlprodukte, der Fettstoffe, also der wichtigsten Nahrungsmittel, dem sich sodann die Schuh- und ein Teil der Textilindustrie anschloß, so daß sich bereits die Teuerung bei den Wocheneinkäufen der Haushaltungen stark fühlbar macht.

Die Interpellanten erlauben sich daher die Anfrage an den Minister für Volksverpflegung:

1. Wie rechtfertigt der Herr Minister die Zustimmung zur Preiserhöhung für Zucker?
2. Was gedenkt der Herr Minister zu unternehmen, um diese unbegründete Preiserhöhung rückgängig zu machen und um zu verhindern, daß sich ein ähnlicher Vorgang nochmals wiederholt?
3. Welche Gründe führten dazu, die Zustimmung zur Ausfuhr von Mehl zu geben, obwohl wir selbst unseren Bedarf aus der heimischen Produktion nicht zu decken in der Lage sind und Zufuhren aus dem Auslande benötigen?
4. Welche Schritte gedenkt der Herr Minister für Volksverpflegung zu unternehmen, um den im zweiten Halbjahre 1922 begonnenen Preisabbau fortzusetzen?
5. Welche Zwangsmassnahmen gedenkt der Herr Minister gegen alle anzuwenden, die bisher den Preisabbau negierten oder so lächerlich gering ansetzten, daß er eher einer Verhöhnung des Preisabbaues gleichkommt?

Börse der Arbeit.

Victoria (Britisch Columbia), 9. Feber. (Havas.) Bei einer Explosion von Anfallgas in den Gruben bei Cumberland sind 19 Bergarbeiter ums Leben gekommen.

Die litauische Regierung hält die Entente zum Bienen.

Kowno, 8. Feber. (Eha.) Die Regierung der litauischen Republik hat heute das Ultimatum der alliierten Großmächte bezüglich des Memeler Gebietes beantwortet. Die litauische Regierung stellt in ihrer Antwort fest, daß sie die Ereignisse im Memeler Gebiete überhaupt nicht verschuldet hat, und daß sie durch die Hinausschiebung der Lösung der Memeler Frage, die Unzulänglichkeit der lokalen Verwaltung und die Vernachlässigung der Interessen der Mehrheit der Ortsbevölkerung herbeigeführt wurden. Die Memeler Bewegung ist eine nationale Bewegung, und deshalb ist es sehr schwer, Freiwillige an der Grenze anzuhalten oder das Herbeiströmen von, aus der ganzen Welt an die Küstengebiete einlaufenden Gabeln einzustellen. Die Regierung der litauischen Republik hat ein Interesse daran, daß die Autorität der Entente ohnehin wiederhergestellt werde. Sie ordnet deshalb die Rückkehr der Freiwilligen an, welche das Memeler Gebiet betreten haben, und wird auf die Memeler Bevölkerung moralischen Einfluß üben, mit den alliierten Großmächten, welche die litauische Aspirationen anerkennen (!), zu einem Einvernehmen zu gelangen. Schließlich spricht die litauische Regierung die Hoffnung aus, daß die gesetzliche Ordnung sofort hergestellt wird.

dem innigen Verbundensein der politischen Führung mit dem Schicksal der Arbeiterklasse. Die Leitung der kommunistischen Partei ist nicht getrennt von dem schweren Verantwortungsgefühl für das Dasein jedes einzelnen Arbeiters. Es wird stets die den Gewerkschaften eigentümliche Aufgabe bleiben, wenn sie nicht den Zusammenhang verlieren wollen mit dem Boden, auf dem allein die Gewerkschaftsorganisation wachsen kann, für das materielle Interesse der Arbeiter zu sorgen, die feste Burg zu sein, in der die Arbeiter die Angriffe der Kapitalisten auf ihr Lebensinteresse abwehren und die Arbeiterklasse kampffähig zu erhalten, damit diese ihre große

geschichtliche Aufgabe, die Durchsetzung des Sozialismus erfülle. Wer aber die Gewerkschaften als Mittel zum Zweck für eine sich ihrer Verantwortung nicht bewußte, die Arbeiter als bloßes Werkzeug betrachtende Politik ansieht, treibt die Arbeiter und ihre Gewerkschaften in eine Katastrophe, beraubt die Arbeiter ihrer besten Schutzes, den sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung findet. Und darum ist der kommunistische Kampf gegen die Gewerkschaften letzten Endes Arbeit für die Gegenrevolution.

Das Golddulatengesetz im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Golddulatengesetz in Verhandlung gezogen. Im Motivenbericht des Budgetausschusses zu diesem Gesetz heißt es unter anderem, daß es nicht möglich sei, derzeit die Goldwährung einzuführen, denn das Goldgeld würde kurz nach seiner Ausgabe durch die Inflationierung, und dadurch, daß das Ausland nach dieser Währung greifen würde, verschwinden. Außerdem ertrage der Staat nicht die finanziellen Lasten, die die Einführung der Goldwährung erfordert. „Der Dulaten wird außerhalb der Spekulation stehen, der sich eine regelrechte Goldwährung nicht erwehren würde, er wird also kein gesetzliches Zahlungsmittel bilden. Der Dulatenhandel wird freigegeben. Die Einführung hat auch historische Bedeutung, da der jetzige Dulaten der Nachfolger des gewesenen tschechischen Dulaten aus den Zeiten der Selbstständigkeit des böhmischen Königreiches ist. Der neue Dulaten soll alle guten Eigenschaften des alten haben und ein Dokument der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Staates sein. Der Dulaten soll 3,49 Gramm wiegen, wie bis auch beim Dulaten aus der Zeit Johannes von Luxemburg der Fall war. Er soll aus einer Mischung von 986,1 Gold und 13,8 Kupfer bestehen. Aus einem Kilogramm dieser Mischung werden 286,459475 Dulaten, also aus einem Kilogramm reinen Goldes 290,4940836 Dulaten hergestellt werden. Auf der einen Seite wird sich ein Bild König Wenzels mit den Worten: „Geh uns und unsere Nachkommen nicht untergehen“, auf der anderen Seite das kleine Wappen der Republik mit dem Text: „Tschechoslowakische Republik“, befinden.“ Der Motivenbericht schließt mit der Hoffnung, daß der tschechoslowakische Dulaten der Grundpfeiler zur definitiven Regelung der Währungs- und der Produktionsverhältnisse des Staates werden sollen.

Volkswirtschaftlich fehlt der Einführung der Golddulaten, deren Anzahl eine beschränkte sein wird, natürlich jegliche Bedeutung. Es besteht daher gar kein Grund, über die neue Errungenschaft zu jubeln, so wie dies die tschechische Presse tat. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise werden weiter bestehen, auch unsere Währung wird nicht stabilisiert, mag es noch so schöne Dulaten geben.

Der Berichterstatter Abg. Remes meinte nämlich, daß das Gesetz ein charakteristisches Zeichen für die Stabilität (?) unseres Wirtschaftslebens ist. Er widerlegte die Befürchtungen, daß die neuen Dulaten bald aus dem Umlauf verschwinden werden, denn das Inflationieren der Dulaten habe keinen Zweck, weil jeder, der genügend Mittel hierzu habe, sich Dulaten selbst prägen lassen könne. In der Debatte sprach als einziger Redner der wichtige Antisemit Abg. Wenzel Wylivce, der im Verlaufe seiner Ausführungen sich einigemal vom „Geiste des heiligen Wenzel“ erfüllt fühlte. Als von den Kommunisten ein Zwischenruf fiel, sagte er: „Was wißt Ihr vom Geiste des heiligen Wenzel, Ihr, die Ihr befehen seid vom Geiste des Juden Bronstein (Trofski)“. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Münze zur Verbreiterung des Kultes des heiligen Wenzel in der tschechischen Nation führen und daß mit den neuen Dulaten, die aus purem Golde sind, die pure, alte, tschechische Ehrlichkeit zurückkehren und bis in die letzte Stütze der Republik dringen werde. Ueberflüssig zu sagen, daß Abg. Wylivce die Väter des Hauses, auch die der Koalitionsparteien, auf seiner Seite habe.

Das Gesetz wurde sodann in erster Lesung angenommen. Nach der zweiten Lesung des Gesetzes, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, in den Grenzgebieten Änderungen der amtlichen Bezirksareneen vorzunehmen, wurde die Sitzung nach einstündiger Dauer geschlossen.

Aus dem Präsidium.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums wurde beschlossen, die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses für Dienstag den 13. Feber, 4 Uhr nachmittags, einzuberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Senatsbeschluss betreffend die Ausfertigung der vom Staate ausgegebenen oder subventionierten Gegenstände von künstlerischer Wertung. 2. Die Handelsverträge mit Letland und Portugal, ferner die zweite Lesung der Vorlage über die Prägung von Golddulaten und schließlich die Durchführung der Wahlen in den Ständigen Ausschuss und in die Erparungskommission. Zum Schluß wird über die Dringlichkeit nachstehender Interpellationen abgestimmt werden; des Abg. Genossen Dr. Czoch betreffend die Berichterstattung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten über die außenpolitische Situation im Plenum und Inter-

vention zwecks Beilegung des Ruhrkonfliktes; des Abg. Krepel über die außenpolitische Situation; der Abg. Genossen Schafar, Roscher, Pohl betreffend die Wirtschaftskrise; des Abg. Kuzera betreffend die Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung; des Abg. Johannis betreffend die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit; der Abg. Genossen Dietl, Cermak und Fischer wegen Maßnahmen gegen die Preissteigerungen, und des Abg. Keibl wegen Mahregelungen deutscher Richter in Teplitz-Schönan.

Der von den deutschen Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Vorladung des Außenministers zur Berichterstattung über die außenpolitische Situation an das Plenum des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidium abgelehnt. Vizepräsident Abg. Genosse Dr. Czoch berief sich dagegen auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung und der Verfassungsurkunde und verwies auf den analogen Vorgang im Senat, wo über einen ähnlichen Antrag der Senatoren Ragle und Genossen mit Wissen und Zustimmung sämtlicher tschechischer Parteien im Plenum in Verhandlung gezogen wurde, während im Abgeordnetenhause das Präsidium den entgegengelegten Standpunkt einnimmt. Das Präsidium beschloß, bei seinem ablehnenden Standpunkt zu verharren und im übrigen in einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien des Abgeordnetenhauses und des Senates eine Verständigung wegen eines einheitlichen Vorgehens in solchen Fällen herbeizuführen.

Aus dem Außenausschuß.

Abg. Skalal (Kommunist) beantragt, das Ministerium des Aeußern aufzufordern, dahin zu wirken, daß der Handelsvertrag mit Rußland und der Ukrain: möglichst sofort auf die Tagesordnung des Hauses gesetzt werde. Dieser Antrag wird mit allen Stimmen gegen die der Abgeordneten Skalal, Kreibich und Cermak abgelehnt.

Abg. Pashyfil (tschechische Gewerkschaften) erklärt, daß die tschechoslowakische Regierung außerordentlich hohe Lasten für den Völkerverbund aufzubringen hat, während ihr nur eine geringe Vertretung zusteht. Er stellt eine Reihe von Anfragen an den Minister für auswärtige Angelegenheiten, und zwar: Was hat unser Staat bisher für den Völkerverbund gezahlt, was sind wir noch schuldig? Wieso kommt es, daß unser Beitrag schon halb so groß ist, wie jener von Frankreich und Japan? Während Jugoslawien neun Punkte in der Beitragsbemessung nachgeschaffen wurden, ist unser Beitrag unverändert geblieben. Warum hat sich der Minister nicht bemüht, auch für uns eine Beitragsermäßigung zu erreichen? Ferner, wieviel tschechoslowakische Beamte sind beim Völkerverbund beschäftigt und wer bezahlt sie? Schließlich verweist er darauf, daß ein Beamter namens Slavik, dessen Bruder als Staatsbeamter in der Tschechoslowakei Unregelmäßigkeiten verübt hat, in Genf tätig ist.

Abg. Genosse Cermak verlangt die Beantwortung der von Abg. Pashyfil vorgelegten wichtigsten Fragen durch den Minister des Aeußern und schlägt vor, mit der Verhandlung des Regierungsantrages so lange auszussetzen, bis diese Aufklärungen dem Ausschuss vorliegen.

Abgeordneter Pashyfil wünscht, daß der Minister in der nächsten Sitzung erscheint und die gestellten Fragen beantwortet.

Der Vertreter des Außenministeriums Galvart erklärte, daß das Gesamtbudget des Völkerverbundes für das Jahr 1920 10 Millionen Goldfranken betragen habe, wovon auf die Tschechoslowakische Republik 313.800 Goldfranken oder 5.448.873 K entfallen. 1921 betrug der Gesamtaufwand 21.250.000 Goldfranken, wovon auf die Republik 625.000 Goldfranken oder 8.742.473 K entfielen. Für das erste Halbjahr 1922 betrug der Beitrag der Tschechoslowakischen Republik 3.093.960 K und für das zweite Halbjahr 1.956.252 K. Das Budget für das Jahr 1923 beträgt 25.763.508 Goldfranken, der Beitrag der Tschechoslowakischen Republik 655.877 Goldfranken. Ein Goldfrank ist gleich einem Schweizer Franken. Im Jahre 1922 wurde der Aufwand noch dem für die internationale Postunion gültigen Schlüssel aufgeteilt, für das Jahr 1923 nach einem vom Völkerverbund bestimmten Schlüssel. Der Beitrag ist bis Ende 1922 bezahlt. Der Schlüssel für 1923 ist noch nicht definitiv. Sobald die Kommission für die Aufteilung des Aufwandes gesprochen hat, wird ein neuer Schlüssel gefunden werden.

nicht verbleiben, sie können sich an die beschlossenen Thesen oder an die Worte des Referenten halten, je nach Belieben. Und das alles zusammen nennt man kommunistische Klarheit im Klassenkampf!

Die Kommunisten nun, die aus den Amsterdamer Verbänden ausgetreten sind, sollen in den internationalen allgewerkschaftlichen Verband eintreten, zu dem sich der Verband der chemischen Arbeiter des Herrn Gais gewandelt hat. Für diesen Verband soll überhaupt eine großzügige Agitation entfaltet werden. Aber auch darin sind die Kommunisten nicht einig, denn wie der deutsche Referent zur Gewerkschaftsfrage, Stohn, erzählte, sehen nicht weniger als acht Verbände, die kommunistisch geleitet sind, außerhalb des allgewerkschaftlichen Verbandes. Die Kommunisten scheinen also nicht imstande zu sein, ihre gewerkschaftliche Bewegung im allgewerkschaftlichen Verband zu konzentrieren. Ein großer Teil von ihnen will vielmehr von dem Verband überhaupt nichts wissen. Einerseits sind sich also die Kommunisten nicht klar darüber, ob ihre Anhänger in den der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Verbänden bleiben sollen oder nicht, sie sind sich aber auch nicht klar darüber, was mit denjenigen Kommunisten zu geschehen habe, die bereits die Amsterdamer Verbände verlassen haben. Ein Wirrwarr also auf der ganzen Linie!

Was werden die Kommunisten nun tun? Bei der Unklarheit über ihre nächsten Schritte auf dem Gebiete der Gewerkschaften finden sie keinen anderen Ausweg als weiter zu spalten, ihre Wählerkreise einfach weiter zu streifen. Was die Thesen zur Gewerkschaftsfrage in dieser Hinsicht ausführen, ist für unsere Gewerkschaftler nicht ohne Interesse. Es heißt da:

„Die kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaften müssen planmäßig nach den Weisungen und Direktiven der Parteioorgane vorgehen und sind durch die Parteidisziplin gebunden. Das höchste Organ, welches über die Taktik der Kommunisten entscheidet, ist der Vollzugsausschuß der Partei, welcher die Arbeit in den Gewerkschaften mittels seiner Gewerkschaftsaktion leitet. Jeder Kreisvollzugsausschuß ist verpflichtet, aus seiner Mitte einen Vertrauensmann zu wählen, der dem Kreisvollzugsausschuß und der Zentralgewerkschaftsaktion der Partei für die gesamte Taktik der Kommunisten des betreffenden Kreises in den Gewerkschaften verantwortlich ist. Ebenso wählt jeder lokale Vollzugsausschuß aus seiner Mitte einen Gewerkschaftsvertrauensmann, der im Rahmen seines örtlichen Wirkungsbereiches darüber wacht, daß die Tätigkeit der Parteimitglieder in den Gewerkschaften den Direktiven der Partei entspreche und hierfür dem Vollzugsausschuß der Partei des betreffenden Ortes und Kreises verantwortlich ist.“

Die kommunistischen Zellen werden also weiter aufrecht erhalten bleiben, die Organisationen der klassenbewußten Arbeiterklasse nach Möglichkeit geschwächt werden. Dafür wollen nun die Kommunisten gemeinsam mit den Gelben und den Christlichen vorgehen! In den Thesen wird dies ohne weiteres angegeben: „Die Pflicht des Lokalgewerkschaftsvertrauensmannes ist es außerdem, eine ununterbrochene Verbindung mit den revolutionär gesinnten Mitgliedern der nationalsozialistischen und christlichsozialen Gewerkschaftsorganisation aufrecht zu erhalten.“ Die Kommunisten werden also die Revolutionäre in den Reihen der Herren Knirsch und Nang suchen, mit ihnen gemeinsam politisch manövrieren, während sie die klassenbewußte Arbeiterschaft nach wie vor als Sozialverräter beschimpfen werden. Ihre Parole lautet: „Gegen die Sozialdemokratie!“ und wenn sie sich dabei mit dem Teufel verbinden sollten.

So wollen die Kommunisten die Gewerkschaften zu nichts anderem benützen als zu Werkzeugen ihrer Parteinteressen. Sie werden versuchen, die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Verbände zu schwächen und scheuen es nicht, sich dabei der Hilfe der Gelben und der Christlichen zu bedienen. Nicht ihren eigenen Daseinsgesetzen sollen die Gewerkschaften folgen, sondern dem Diktat der kommunistischen Partei.

Die Kommunisten pflegen oft zu behaupten daß auch die Sozialdemokratie sich der Gewerkschaften zur Erreichung ihrer Ziele bedient habe. Demgegenüber müssen folgende Feststellungen gemacht werden: In der Arbeiterbewegung Österreichs und seit 1918 der Nachfolgestaaten ist es Tradition, daß zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften stets ein gutes Einvernehmen herrscht und daß oft zur Erreichung gewisser Ziele Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften sich verbinden. Trotzdem wurde gerade in sozialdemokratischen Kreisen stets betont, daß sowohl die Gewerkschaften wie die Genossenschaften ihre Aufgaben auf den ihnen durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung zugewiesenen Gebieten aus dem Bewußtsein ihrer eigenen Entwicklung heraus zu vollführen haben und daß es sowohl für die Gewerkschaften als auch für die Genossenschaften ein unerträgliches Zustand wäre, in die Abhängigkeit einer politischen Partei zu geraten. Die Kommunisten dagegen achten nicht die aus dem Bestehen der Gewerkschaften hervorgehenden Daseinsgesetze der gewerkschaftlichen Organisationen, wollen die Gewerkschaften reiflos in den Dienst der kommunistischen Partei stellen und dadurch mittelbar in den Dienst der russischen Politik. Ihre gewerkschaftlichen Pläne zeugen nicht von

Der drohende Orientkrieg.

Die türkischen Nationalisten gewinnen Oberhand.

London, 9. Feber. Aus englischer Quelle in Angora verlautet, die letzten von Fime Pascha in Lausanne gemachten Zugeständnisse hätten den Protest des einen Teiles der Nationalversammlung und der Presse zur Folge gehabt: Es werde ihre Zurückziehung verlangt. Die Extremisten gewannen Boden und übten einen wachsenden Einfluß aus. Sie gingen sogar soweit, sich der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu widersetzen.

London: Das türkische Vorgehen — eine gefährliche Torheit.

London, 9. Feber. (N.A.) Die Handlungsweise der türkischen Behörden in Smyrna wird hier als eine ziemlich gefährliche Manifestation der Torheit der extremen türkischen Elemente angesehen. Jedenfalls hat sie in den britischen Kreisen keinen unnützen Alarm verursacht. Der britische leichte Kreuzer „Curacao“ ist gestern in die verbotenen Gewässer eingefahren und vor Anker gegangen. Admiral Nicholson, mit dem sich die Kommandanten der alliierten Schiffe scheinbar verständigt haben, teilte den Türken mit, daß er eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der alliierten Kriegsschiffe nicht anerkenne, so lange der Friedensvertrag nicht unterzeichnet sein wird. Die britische und französische Regierung haben den ganzen Zwischenfall in enger Zusammenarbeit verhandelt. Es scheint, daß die Türken den französischen Nationalsozialisten tief verächtlich haben und die französische Presse empfindlich der Regierung das schärfste Einschreiten.

Die alliierten Kriegsschiffe bleiben in Smyrna.

Konstantinopel, 8. Feber. Der englische Kreuzer „Curacao“ mit der Flagge des Admirals Nicholson ist heute morgens in Smyrna angekommen. Alle alliierten Kriegsschiffe bleiben in Smyrna. Bisher hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Frankreich unterhält vor Smyrna folgende Einheiten: Die Kreuzer „Ernest Renan“, 13.000 Tonnen, und „Rallye“, das Torpedoboot „Somali“, 800 Tonnen, und das Kanonenboot „Debaigne“, 400 Tonnen. England hat dort selbst den Kreuzer „Cambon“, 5600 Tonnen. Die Vereinigten Staaten sind vertreten durch vier große Torpedoboots und Italien mit dem Kreuzer „Venetia“, von mehr als 1000 Tonnen. Holland unterhält den Kreuzer „Admiral Tadmor“. Der leichte Kreuzer „Cardiff“ mit dem Admiral Charfield an Bord ist gestern in Ischanal eingetroffen, von wo er am gleichen Tage wieder nach Konstantinopel abgedampft ist.

Die alliierten Oberkommandierenden überreichten dem bisherigen Vertreter der Angoraregierung eine neue Note, in welcher sie den Widerruf des Befehles bezüglich der Entfernung der Kriegsschiffe aus Smyrna fordern.

Der Orientkrieg von Rußland hintertrieben?

Holland, 8. Feber. (Havas.) Wie die Blätter aus Konstantinopel melden, hat Fime Pascha die Unterfertigung des Friedensvertrages in Lausanne abgelehnt, da eine zwischen der Türkei und Sowjetrußland vereinbarte Konvention die Türkei verpflichtet, den Frieden nicht ohne Rußland abzuschließen.

mehr angehören. Die leitenden Männer der neuen Partei werden außerhalb des Parlaments stehende Politiker sein, so Graf Theodor Batthyany, Reiprecht, Drosdi, Ragh u. a. Von dem Programme der Partei läßt sich vorläufig nur vorhersehen, daß es dem Programm der Oktoberrevolution nahesteht und unbedingt republikanisch sein wird.

Schließung der Bularecker Universität.

Bularest, 9. Feber. Durch Beschluß des Ministerrates wurden die hiesige Universität und alle Studienheime und Mensen für das ganze Jahr geschlossen. Ministerpräsident Bratianu erklärte, daß die Regierung von dem beschrittenen Wege nicht abweichen werde, da die antisemitischen Ausschreitungen Rumänien im Ausland schädigen. Die Schuld an den bedauerlichen Taten haben die Universitätsbehörden, welche nicht rechtzeitig eingeschritten sind. Der bekannte Historiker Jorga, der auf seine Universitätsprofessur verzichtet hat, da ein Teil der nationalen Studenten gegen ihn demonstrierte, hat in der Kammer die antisemitische Bewegung der rumänischen Studentenschaft verurteilt. Der Unterrichtsminister besteht darauf, daß Jorga seine Demission widerlege, da die rumänische Wissenschaft dadurch einen großen Verlust erleiden würde.

Ein Friedensvertrag der mittelamerikanischen Staaten.

Washington, 9. Feber. (Tsch. Pr. V.) Zu der Schlußsitzung der mittelamerikanischen Konferenz, die am 4. d. in Washington eröffnet wurde, wurde ein Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag bezweckt, Kriege und Revolutionen innerhalb der mittelamerikanischen Staaten zu verhindern. Staatssekretär Hughes beglückwünschte die Delegation und sagte, die Ergebnisse der Konferenz überträfen seine Erwartungen und bildeten somit ein Beispiel der Vorteile, die eine Konferenz hat, die von dem festen Entschluß geleitet sei, eine freundschaftliche Lösung zu finden, und die von dem Gedanken beherrscht sei, daß diese Methode besser der Sicherheit und dem Fortschritte diene als irgend eine Art von Zwistigkeit.

Verhaftung eines Wiener Bankpräsidenten.

Wien, 9. Feber. Wie die Blätter melden, ist der ehemalige Präsident der Oesterreichischen Volksbank Karl Egon Trebitsch heute wegen bedeutender betrügerischer Manipulationen in Haft genommen worden.

Inland.

Neue Gesetzesvorlagen. Der geistigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat die Regierung eine Gesetzesvorlage über die Wirksamkeit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in allen Zweigen des staatlichen Bergwerksbetriebes in der Slowakei und Karpathenland und eine Gesetzesvorlage über die Regelung des Auslieferungsrechtes in der Slowakei überreicht.

Wie die Koalition der Geschäftsordnung „auslegt“. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beantragte gemäß Paragraph 46 Absatz 2 der Geschäftsordnung, daß der Minister für auswärtige Angelegenheiten aufgefordert werde, in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses zu erscheinen, dort über die durch die Ruhrbesetzung und die Ereignisse im nahen Orient geschaffene weltpolitische Situation und über die Stellungnahme der Regierung Bericht zu erstatten und Aufklärungen zu geben. Ein in der letzten Sesssion von den bürgerlichen Senatoren Ragle und Genossen eingebrachter, ganz konformer Antrag war zur Abstimmung im Senatsplenum ohne weiteres zugelassen worden, da sich die Ldbnämnerkonferenz des Senates, also auch die scheidenden Parteien, über die Zulassung geeinigt hatte, wobei ursprünglich sogar die Majoritätsparteien bereit waren, für den Antrag zu stimmen. Unbegründeterweise stellte sich das Präsidium des Abgeordnetenhauses, welchem gestern der erwähnte Antrag unserer Genossen Dr. Czech, Czernat und Hillebrand zur Entscheidung vorlag, auf den dem Senate entgegengelegten Standpunkt, indem es die Auffassung vertrat, daß der Paragraph 46 der Geschäftsordnung nur auf Gegenstände Bezug habe, die auf der Tagesordnung des Hauses stehen. In diesem Falle handelte es sich aber um einen Antrag, der nicht die Tagesordnung betreffe. Infolge dieser Stellungnahme der Majorität des Präsidiums kann also der Antrag unserer Genossen im Plenum des Abgeordnetenhauses nicht zur Abstimmung gelangen. Dieser Vorgang zeigt deutlich, wie unglücklich engherzig die Majorität die Bestimmungen der Geschäftsordnung zum Nachteil der Opposition auslegt. Diesmal wird es wohl schwer möglich sein, zu behaupten, daß die Mitglieder der Opposition die Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht kennen, da ja der Präsident des Senates sowie sämtliche Koalitionsparteien im Senate die Auffassung unserer Abgeordneten teilten und die Abstimmung über einen ganz gleichen Antrag im Senatsplenum zuließen. Dieser Fall beweist nun wieder den kleinlichen Geist, der bei den maßgebenden Faktoren des Abgeordnetenhauses herrscht. Weiter ist ein neuer Beweis für die Worte Seligers erbracht worden: Diese Geschäftsordnung ist ein Strick um den Hals der Abgeordneten!

Die Besetzung des Ruhrgebietes.

30 Textilfabriken in Barmen stillgelegt.

Dortmund, 9. Feber. (Wolff.) Im Stadtteil Dortmund sind heute vormittags vier Polizeibeamte von den Franzosen verhaftet worden. Die Bahnhöfe in Barop und Hengstfeld sind von den Franzosen verlassen worden. Linksrheinisch und im westlichen Teile des Bezirkes Essen ist die Streiklage unverändert. In Barmen sind 30 Textilfabriken wegen Kohlenmangels stillgelegt. In Witten ist die Beamtenschaft der Post wegen Besetzung des Amtes in Streik getreten. In Recklinghausen kam es im Anschlusse an die gestrigen Vorgänge zu neuen Ueberrufen der Franzosen und zu neuen Menschenansammlungen gegen die Franzosen, welche Kavallerie einsetzten. Neue Verhaftungen sind nicht erfolgt. Der Proteststreik ist beendet.

Dänemarks Arbeiter für die Kinder des Ruhrgebiets.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) Die dänische Arbeiterschaft hat eine große Hilfsaktion für die nothleidenden Kinder im Ruhrgebiet eröffnet. Bei der Redaktion unseres Bruderblattes „Sozialdemokraten“ haben sich bereits 800 Familien gemeldet, die je ein Kind aufnehmen wollen. Eine Schwester vom dänischen Roten Kreuz begibt sich ins Ruhrgebiet, um das Hilfswerk zu organisieren.

Die Mark steigt weiter.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) Die Devisen gehen weiter zurück. Der Dollar sank auf 31,022, das englische Pfund auf 143,640, der Schweizer Frank auf 5835 und die tschechische Krone von 995 auf 935.

Poincaré erscheint nicht vor dem Ausgansschuß.

Paris, 9. Feber. (Tsch. P.) Ministerpräsident Poincaré empfing den Vorsitzenden des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten, Leggues. Nach dem „Temps“ hat er es abgelehnt, zur Zeit vor dem Ausgansschuß zu erscheinen. Diese Weigerung Poincarés hat großes Aufsehen hervorgerufen. Mehrere Mitglieder der Kommission haben den Präsidenten Leggues ersucht, die Kommission sofort einzuberufen.

Der Streik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 9. Feber. Die „Agence Havas“ meldet aus Jorbach, daß der Streik in den Kohlengruben von Petit Rosselle sowie in den Gruben von Saar-et-Rosselle und La Houve gestern all-gemein gewesen sei. Es handle sich um 22.000 Streckende. Bis jetzt sei kein Zwischenfall zu verzeichnen. Die unabhängigen Gewerkschaften machten mit den kommunistischen Verbänden gemeinsame Sache. Die Bergarbeiter rechneten darauf, daß infolge der Unterbrechung der Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiete ihre seit Dezember formulierten Forderungen Annahme finden würden. Truppen seien an Ort und Stelle, um die Ordnung zu sichern. Man habe den Eindruck, daß der Streik ziemlich lange dauern werde.

Auflösung der ungarischen bürgerlichen Oppositionspartei.

Wien, 9. Feber. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird gemeldet, daß heute vormittag zur allgemeinen Ueberraschung die Auflösung der linksstehenden bürgerlichen Oppositionspartei erfolgte. Es bildete sich unter dem Namen „Unabhängige Volkspartei“ eine neue Partei, der aber die früheren Führer Rascak und Ruppert nicht

Die Schweizer Genossen fordern Intervention des Völkerverbundes.

Bern, 9. Feber. (Schw. Dep.-Ag.) In der zweiten Kammer des Nationalrates brachte der sozialdemokratische Nationalrat Grimm eine Interpellation ein, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, mitzuteilen, warum sie in der Frage der Ruhrgebietsbesetzung beim Völkerverbund nicht interveniert hat. Bundesrat Motta, der Vorsitzende des Politischen Departements, antwortete, daß die Voransetzung für eine Intervention der Wunsch der direkt beteiligten Faktoren ist, und da kein solcher Wunsch vorhanden war, hatte die Schweiz keinen Anlaß, in dieser Sache einzugreifen. Der Bundesrat behält sich Handelsfreiheit für später vor.

Seipels vergebliche Suche nach Krediten.

Wien, 9. Feber. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen des Finanzministers in London scheinen trotz der gestrigen Rede des Bundeskanzlers Seipel schlecht zu stehen. Das christlichsoziale Weltblatt schreibt nämlich, daß, wenn auch die Verhandlungen in befriedigender Weise fortgeschritten, doch in England kaum mehr als ein bis einhalb Millionen Pfund zu erreichen sein werden. Den Rest von etwa drei Millionen wird der Minister in anderen Städten zu erreichen suchen und wird sich zu diesem Zwecke nach Holland und Paris begeben. Auch mit amerikanischen Kreisen wird er Fühlung nehmen. Die Verhandlungen über die große langfristige Anleihe, die in den Genfer Protokollen vorgezeichnet können noch nicht geführt werden, da die Reparationskommission das Generalpfandrecht für die in Betracht kommenden Pfänder noch nicht aufgehoben hat. Der Völkerverbund hat in einer Note die Kommission um Rückstellung der Pfandrechte ersucht.

Die Volkszählung in Oesterreich.

Wien, 9. Feber. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht betreffend die Vornahme der Volkszählung nach dem Stande vom 7. März 1923. Zur Frage 7 des Zählblattes (Sprache) ist auch die Volkszugehörigkeit und die Klasse C anzugeben.

Der österreichische Beamtenabbau.

Wien, 9. Feber. (Eigenbericht.) Die Vertrauensmänner der Post-, Eisenbahn- und Telegraphenangestellten haben der Organisation we-

Der Schmus.

Von Linke Foot.

Nachdem die Siege von 1870—71 die Deutschen in die Lage versetzt hatten, sich eine Obrigkeit zu schaffen, die sie kommandierte und für sie dachte, wandten sie sich ihren eigenen Geschäften zu. Es gab da noch allerlei Dinge, an die man nicht zu denken brauchte. In der Beschäftigung mit diesen wurde man nun von allen Instanzen redlich unterstützt. Sie konnten aber nur einen Teil der Deutschen damit unterhalten, Kurva zu schreiben, Ehrenjungfrauen zu gebären, den Kaiser zu lesen, ins Panoptikum zu gehen, den Würber Sternhügel zu betrachten. Für die übrigen erstand eine neue Art Beschäftigung: der Umgang mit und die Erzeugung von Schmus. Ich sage: erstand. Denn der Schmus entsteht als selbständiger Schöpfungsakt aus dem Nichts, pflanzt sich ebenso durch nichts, also von selbst, parthenogenetisch fort. Wie die Jellen, die sich ständig teilen; und hört nimmer auf. Der Schmus gewann in kurzer Zeit hohes Ansehen. Er trug viel zu der Reifezeit mehrerer Dichter bei, gründete florierende Anstaltungen. Es muß übrigens zu seiner Ehre gesagt werden, daß durch ihn erst Deutschland politisiert wurde. Denn er war es, der den Anstoß zur Bildung mehrerer großer Parteien gab, die noch heute in erfreulicher Blüte stehen und deren Julauf das Beste für die deutsche Geistesverfassung erwarten läßt.

Im allgemeinen aber beschränkte sich der Schmus auf den erwähnten Interessentkreis der deutschen Bürger. Sein Boden war für den Rückblickenden durch die großen romanischen Philosophen vorbereitet. Auf dieser Bahn ging er, floß, strömte, brach lawinös nieder. Es war unserm Zeitalter vorbehalten, ihn ganz zu empfangen.

Zu ihm, dem Schmus, einer rechtsrheinischen Naturkraft, halten alle, die Gott und Jehova abgeschworen haben. Er wird auch neben ihnen verehrt. Ist übrigens, wie ich bei näherer Bekanntschaft feststellte, und der weibliche Anhang zeigt, eine Göttin, trägt den Namen Eufimisine, was auf griechischen Ursprung schließen läßt, ohne daß ich mir das erklären kann. Es ist durch sie dafür gesorgt, daß unser Volk in seinem materiellen Elend nicht verkommt.

Man unterscheidet gemeinhin und gemeinher harmlosen und nicht harmlosen, also harmlosen oder härmlichen Schmus. Der harmlose Schmus tritt in Tageszeitungen unter dem Strich auf, der härmliche über dem Strich. Für die Mischung beider und ihre Begabung und Wiedervereinigung hat man zahlreiche Zeitschriften begründet. In ihnen besonders findet man Varianten, Ausbühnungen des Schmuses, die man vulgär als Quatsch bezeichnet. Eine ganze Gattung Schriftsteller pflegt dieses Genre. Es ist mir unbekannt, ob die Herrschaften der internationalen Aristokratie angehören; jedenfalls sollte man sie dazu anhalten, denn was dem einen Clown recht ist, ist dem andern billig.

Außerordentlich ist der Bedarf an Schmus. Das Wort klingt mir Abicht an Mus an. An die Art Mus, die man im Krieg auf das Brot strich; man ah, ah, bekam Leibschmerzen, wurde nicht satt, aber es kam einem so vor, als ob man satt war. Und dies ist das Zentrum des Schmuses: das „als ob“. Es ist kein Zufall, daß Kallinger in Deutschland geboren wurde. Man höre, wie Schmus quillt: „Mitten durch unser aller Herzen geht der Kampf zwischen Osten und Westen, zwischen Leben und Form, Sprengung und Vollendung, der in diesem Augenblick die Welt erschüttert“ — die Welt, sagt er oder sie; bei mir, moi je idt, hört die Welt jedenfalls auf — „er ist unser Leben und Atmen, ist unser Wohl er-rücktes Verhängnis, blutendes Aufbrechen ewiger Menschheitswunden“ — nebbid — „das in unserm Bewußtsein selbst sich vollzieht und uns zwingt, uns zu erentscheiden oder zugrunde zu gehen“. Das war der Schmus. Seine Teile sind, wie die Prosa zeigt, transportabel; man kann sie in beliebigen Gruppen in jeden Gedankengang einlegen. In einem patriotischen Aufruf, in den dramatischen Kampf eines Desos, einen Liebesergruß, in viele Feuilletons über Hölberlin, Lenin oder Lenchen. Es sind Versatzstücke, Kulissen, vor denen aber nichts gespielt wird. Fabelhafte „Als-ob“.

Der Schmus hat den Vorteil, daß ihn Druckfehler nichts schaden. „Blutendes Aufbrechen ewiger Menschheitswunden“ statt Menschheitswunden ist auch gut. Kein Nas merkt etwas. „Leben und Atmen“ kann man drucken „Wesen und Ahnen“. Der Schmus bleibt bombastischer intakt.

Eine andere Probe. „Der Mensch formt seine Einrichtungen und die Einrichtungen formen den Menschen.“ Der Satz geht ganz von alleine. Wenn man ihn anfängt, kann man die Augen zumachen, er schreibt sich schon zu Ende. Damit haben wir das Gesetz entdeckt: Schmus verläuft automatisch. Dies ist ein Sonderfall des Grundgesetzes, wonach Schmus parthenogenetisch oder aus dem Mundgelenk entsteht. Man erkenne hier die Weisheit der Natur; sie will mit dem Schmus Denken ersparen. Er ist also von biologischer Bedeutung, ärztlich zu empfehlen. Und die Praktiker, Politiker, Staatsmänner, Redakteure, von den lyrischen Putschern abgesehen, haben sich längst gewöhnt, sich seiner täglich zu bedienen und werden dabei älter. Welche großen Erfolge das Einbringen des Schmuses in die deutsche Roman-dichtung gezeitigt hat, steht vor aller Augen.

Kunst ist Konzentration des Gefühls, nicht Uebertreibung.

Ein Unrecht an der Staatsbeamtenchaft.

Vorder Gesetzwendung des neuen Gesetzes über die Staatsbedienstetenbezüge hat der Staat jenen Bediensteten, die mit erwerbsunfähigen, mittellosen Angehörigen in gemeinsamer Haushalte lebten, für diese Angehörigen — meist Eltern oder Geschwister — die Teuerungszulagen der zweiten Familienklasse zuerkannt. Damit hat er in unbestreitbarer Form die moralische Unterstützungspflicht seiner Angestellten nach dieser Richtung anerkannt und ihnen die Möglichkeit gegeben, eine bescheidene, menschenwürdige Existenz zu führen.

Anderes das neue Gesetz. Unter völliger Ignorierung der früher bereits anerkannten moralischen und tatsächlichen Pflicht seiner Angestellten, ja ohne an diese im Wirtschaftsleben der Betroffenen tief einschneidende Maßregel auch nur ein einziges Wort zu verschieben, bestimmt es in § 6 mit unüberwindlicher Härte, daß bei der Prüfung des vor dem 1. Jänner 1923 entstandenen Anspruches auf Teuerungszulagen nur auf Familienmitglieder Rücksicht zu nehmen ist, auf welche nach den betreffenden Pensionsvorschriften bei den Versorgungsangelegenheiten Rücksicht genommen wird. D. h. also Eltern, Geschwister und anderen noch so nahen Verwandten, für deren Existenz der Staat bis nun wenigstens zum Teile gesorgt hat, wird jetzt, ohne daß die mindeste wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben wäre, ein Genug, der ausdrücklich mit einem amtlichen Dekrete zuerkannt war, genommen. Was ein Beamter heute tun soll, der seine ganze Lebenshaltung so katastrophal erschüttert sieht, ist nicht abzusehen. Daß diese Erschütterung aber katastrophal ist, beweist klar die Tatsache, daß beispielsweise ein Beamter der siedenden Rangsklasse, zweiter Gehaltsstufe bei Aufrechterhaltung der ihm amtlich zuerkannten zweiten Familienklasse an Teuerungszulage 11.028 K beziehen sollte und noch dem Wortlaute des angezogenen § 6 nur noch aus dem gleichen Titel 4800 K bezieht. Eine Differenz von mehr als 6000 K — abgesehen von den allgemein erfolgenden Kürzungen für Personaleinkommensteuer und Pensionsfond — ist etwas so unerhörtes Trauriges für einen ohnehin nicht gerade glänzend gestellten Beamten, daß sich die Folgen auch im entferntesten nicht ausdenken lassen.

Wenn nun nicht der ominöse § 6, wie es menschlich und juristisch begründlich wäre, richtig die Fassung haben soll: „des nach dem 1. Jänner 1923 entstandenen Anspruches auf Teuerungszulagen“, so ist der Zustand, der geschaffen wird, unmöglich. Daß der Staat eventuell heute die Verpflichtung zur Unterstützung von Eltern etc. in neuereintretenden Fällen ablehnt — und das würde die eben vermutete Fassung — wäre fälschlich begründlich, jedenfalls aber würden dadurch nicht alte und vom Staate anerkannte Rechtsgrundlos verliert. In jedem Falle aber muß die Frage einer neuen und unvoreingenommenen Prüfung unterzogen werden. Durch ein einziges Wort des unter so schweren Stürmen geborenen Gesetzes darf unmöglich eine ganze Reihe ehrlicher Arbeiter am Wohle des Staates ohne jeden inneren und äußeren Grund im Lebensnerv ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichtend getroffen werden!

Dr. — r. — n.

Tages-Neuigkeiten.

Aus der Parvenü-Gesellschaft. Die Mitglieder der neuen „Gesellschaft“, die sich in der „Prager Presse“ bereits eine eigene Rubrik erobert haben, scheinen noch nicht alle hoffähig zu sein. Und so übernimmt es denn der wahrscheinlich eigens hierzu bestellte Gesellschaftsredakteur der Prager Exportmüllingspresse, diejenigen, die vielleicht beim FIVE o'Clock-Tea der Frau Czeliensz-Benesch sich als nicht ganz salonfähig erwiesen haben, zunächst zum „Tanzen“ zu erziehen. Dieser Mann versteht das Tanzen doch sicher aus dem Pfund und darum schicken wir, die Laien, uns vollkommen dem Urteil an, das der Regierungszhimmly-Schmuck über sich und seine Schüler fällt: „Heute muß der Mann tanzen können und je besser er tanzen kann, desto dümmer darf er sein...“ Wir sind überzeugt, daß der Verfasser dieses Satzes sehr — gut tanzen kann und daß seine Schüler dem Meister sich als ebenbürtig erweisen werden. „Alle, die Ihr noch nicht tanzen könnt, lernt schnell tanzen“ — ruft er der Welt zu, die sich da dumme Weise mit Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend abquält. „Es ist nicht schwer und nützt der Gesundheit...“

„Der moderne Tanz ist so leicht, daß sogar der asthmatische Herr Bankdirektor unermüdet geworden ist, Schimmly und Fogtrott sind so gesundheitsfördernd, daß sogar der Herr Professor und Politiker seiner Würden vergißt und tanzt, weil er sein Bäuchlein verlieren will. Auch die Frau Mama findet den Onestep und Twostep, den Schimmly und Fog so wohlthätig, daß sie, unerschrocken und selbstverleugnend, die Konkurrenz mit jüngeren und anmutigeren Ewastöchtern wagt. Sie besteht sie ja nicht, aber sie tanzt. Und wer nicht tanzt, der hat keine Chance, ihre Tochter zu erobern. Nur die Ehemänner, die noch nicht tanzen können, mögen es lassen und die, die es können, sollten nie mit ihrer angetrauten Frau schimmeln. Denn so gesundheitsfördernd er ist, so ehestörend scheint der Tanz zu sein, wenn er von Ehemännern geübt wird... Der moderne Tanz bringt viel und jedem etwas. Darum lernet tanzen, die Ihr bisher rüchständig wart.“

Dieser Auszug eines Kulturdocumentes aus der Zeit der verkauften kapitalistischen Gesellschaft — just zu dieser fangen die tschechischen Bourgeois erst mit der Schimmlykultur an — genügt wohl zur Charakteristik dieser geistlosen Clique und der frivolsten Verdummungspresse, die mitten in Not und Elend diegetreftenen Spielern und brünstigen Bourgeoisweibern zu ihrer Erleichterung den Scheibertanz predigt.

Von der Weltrevolution zu den Gelben. Die öffentlichen Versammlungen im Gablonz-Tannwalder Bezirke, über die wir bereits berichtet haben, verdienen insofern noch ein Nachwort, als sich gerade daran am deutlichsten aufzeigen läßt, welches Trümmerfeld die Kommunisten, nachdem ihr „Kultur“ vorüber ist, zurückgelassen haben. Die Folge der Parteipaltung war Gleichgültigkeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft. Auch jene Versammlungen, so gut besucht sie waren, sind ein Beweis für diese Tatsache. Die Kommunisten bilden sich viel darauf ein, daß sie in allen Versammlungen die starke Mehrheit gehabt hätten, was ohne weiteres zugegeben ist; aber — und das ist kennzeichnend — sie verdankten die Mehrheit dem Umstande, daß sie ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung der Versammlungsorte zusammengetrommelt hatten. Und sie waren gekommen, weil sie sich eine „See“ oder einen „Nummel“ verschaffen. In allen Versammlungen haben die kommunistischen Redner die Notwendigkeit der „Einheitsfront“ wieder und immer wieder betont, aber in einer unabweisbaren Art, um das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erschüttern und zu untergraben. Und zwar haben die Kommunisten nicht allein das Vertrauen zu den Führern völlig unterhöhlt, sondern sie haben es auch verstanden, die Arbeiter gegeneinander mißtrauisch zu machen. Die kommunistische Bewegung hat geradezu zersiehend und forrumpierend gewirkt. Die schäblichen, niedrigsten Anwürfe wider die Sozialdemokraten finden Anklang; Anwürfe, die sonst nur die Bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Führer schändeten, sie sind den Kommunisten noch gut genug: „Ihr lebt von Arbeiterkreuzern!“ Das ist der Vorwurf schlechtester, der immer wiederkehrt, der die Arbeit in den Gewerkschaften so erschwert. Welche Formen die „revolutionäre“, „Erziehungsbewegung“ der Kommunisten angenommen hat, beweist u. a. auch die Stellungnahme der Jugendlichen. Dem Millionärssohnen Dubsky, der den Ehrgeiz zu haben scheint, Strich und Koniger nachzuahmen, bleibt es vorbehalten, die „Aktionsfähigkeit“ sinnfällig zu machen; ihm ist das letzte: Die Schufte aufhängen! Eine allgemeine Erscheinung in allen Versammlungen war die

völlige Plan- und Ziellosigkeit, eine hochgeheiligte Ratlosigkeit der Kommunisten. Alle Redner fielen über allgemeine, radikal klingende Phrasen nicht hinaus. Sehr charakteristisch war in den Versammlungen die Stellungnahme der Kommunisten gegen die eigene Opposition: „Dr. Rajtaner war ein — Marxist!“ und damit basta. Und noch etwas trat sehr deutlich in Erscheinung: die Mißachtung der — Bildungsarbeit! Die kommunistischen Redner mühten sich sehr ab, die Bildungsarbeit lächerlich zu machen, zu ironisieren. Das ist der Notau der Gedankenlosigkeit und Gedankenfaulheit ihrer Anhänger, das Eingeständnis der Furcht, daß die Arbeiter denken lernen könnten! Die Sozialdemokraten haben den Kommunisten versprochen, in der Veranstaltung von Versammlungen fortzufahren, sie werden die Zusage einlösen. Denn es ist dringend nötig, gegen die steigenden Klitten des Indifferentismus einen Damm aufzurichten. Die schwere Not wird das Proletariat zusammenschweißen, allen Feinden und Querträgern zum Trotz. Unsere Genossinnen und Genossen sehen vor allem das Anwachsen der Reaktion in allen Richtungen des öffentlichen Lebens, auch im Gablonz-Tannwalder Bezirke, das Anwachsen des Merkantilismus und des Nationalismus des. Gerade in den Versammlungen trat unter anderem sehr klar und deutlich hervor, daß sich die Kommunisten an die Roschöhe der hakenkreuzerischen Gelben hängen. Während die Kommunisten in einer recht fragwürdigen Weise den Kampf gegen die Sozialdemokraten als eine wirkliche und wahre Klassenkampfpartei führen, spendeten die kommunistischen Redner, besonders der Sekretär Brantl den Gelben volles, uneingeschränktes Lob. Ein kleines, aber recht beachtenswertes Detail: Während am 29. v. M. in Josefstal die schwersten Angriffe gegen die Sozialdemokraten erfolgten, erfolgte in Neuwelt-Barrachsdorf die Herstellung der Einheitsfront zwischen den Gelben und den — Kommunisten! Das ist das Ende vom Lied. Denn auf diesem Wege werden Klassenbewußte Arbeiter den Rosklauern nicht lange folgen.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik. In einer öffentlichen Versammlung in der Volkshalle in Bodenbach hat — wie wir dem „Nordböhmischen Volksboten“ entnehmen — am Dienstag Genosse Reihner über die kommunalen Angelegenheiten Bodenbachs gesprochen, wobei er besonders auf die Schaffung eines Zentralfriedhofes in Bodenbach zu sprechen kam und unter anderem ausführte, daß für die Erweiterung und Errichtung des Vorfriedhofprojektes bisher nahezu 800.000 Kronen verausgabt worden sind. Zur vollständigen Instandsetzung der Straße zum Friedhof, der Friedhofshalle sowie Anlage der Terrasse und Herstellung der Brücke mühten noch weitere 220.000 Kronen angewendet werden. Der neue Zentralfriedhof, der ein dringendes Bedürfnis der Stadt Bodenbach ist, wird 1700 Grabstellen beherbergen, so daß für zehn Jahre das Auslangen gesichert erscheint. Das ganze Projekt müsse einer raschen Vollendung entgegengeführt werden, da es das allgemeine Interesse so verlangt. Weiter sprach Genosse Reihner über die Ausspeisefraktion von Arbeitslosen und deren Kindern, die in den nächsten Tagen durch die Stadtgemeinde begonnen wird. In Bodenbach gibt es rund tausend verheiratete und 120 ledige Arbeitslose, während im ganzen Bezirk etwa achttausend Arbeiter ohne Verdienstmöglichkeit dastehen. Im Jahre 1922 hat die Gemeinde Bodenbach 134.000 Kronen an Unterhaltungen ausgegeben gegenüber 31.000 Kronen im Jahre 1919. Genosse Reihner verwies dann darauf, welche Fehler gemacht wurden, weil man seinerzeit das Gewerbe in mit dem darin befindlichen Gede nicht erworben hat, wodurch die Stadtgemeinde genötigt war, ein eigenes städtisches Bad zu errichten. Das neue städtische Bad mit seinen Brausebädern für die Schulkinder ist jedoch mangelhaft für den ganzen Bezirk. Zum Schluß behandelte Genosse Reihner die Eingemeindungssfrage und schilderte die Vorteile, die sich aus dem Zusammenschluß der Gemeinden für die Arbeiter ergeben würden. Die Eingemeindung sei im Interesse der Arbeiterschaft gelegen und die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher werden „daher mit aller Kraft für sie einsetzen. Die Ausführungen des Genossen Reihner fanden den ungeteilten Beifall der glänzend besuchten Versammlung. In der Debatte setzte sich dann Genosse Schneider noch für die Errichtung eines Krematoriums ein. Genosse John aus Allgersdorf sprach dann in der Debatte gleichfalls die Friedhofsangelegenheit und kam auf das zweite Projekt zu sprechen, das einen Zentralfriedhof für Bodenbach in Allgersdorf errichten will.

„Die Komödie wiederholt sich.“ Unter diesem Titel finden wir in der „Ruda Straz“, einem Blatte der tschechischen unabhängigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, eine Glosse zu den in der letzten Zeit auftretenden „Dier“-Affären, die dort mit den „Dier“-Affären unruhiglichen Angebotsens verglichen werden. Dem Verfasser dieser Glosse taucht angeichts der Verurteilung des deutschen Soldaten Franz Haubel in Troppau, der bei der Mobilisierung im Jahre 1921 sich bei seinem Truppenträger mit „Dier“ statt „Dier“ gemeldet hatte und deshalb vom Brigadegericht in Troppau zu drei Wochen Arrest verurteilt wurde, folgende Erinnerung an:

„Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit an jene Zeit, als ich noch ein Volksschüler war und Herr Ludel, ein Glasermeister aus Kolin, sich mit „Dier“, statt „Dier“ meldete. Wie wurde er

damals als unbeugsamer Patriot gelobt und verherlicht! Als Ludel seine Strafe — einige Tage Kerker — abgelesen hatte, holten ihn die Bürger mit einer Musikkapelle ab und lange Zeit sprach man von dieser nationalen Heldentat. Damals wurde durchwegs von allen diese nationale Ungeheuerlichkeit gegen uns verurteilt und man forderte, daß der Angehörige dieser oder jener Nation sich in seiner Muttersprache melden dürfe. Unsere Forderung blieb, als eine Forderung des tschechischen Volkes damals erfolglos. Jeder mußte von der damaligen Staatsprache wenigstens das eine Wörtchen „Dier“ können, da die Herren oben bei den Regierungsoffizieren glaubten, daß das Wörtchen „Dier“ imstande ist, unser ganzes „großes“ Vaterland zu zerklümmern.

Ueber unsere Köpfe broch der Weltkrieg herein, der die Grenzen des Staates änderte; wir errangen unseren selbständigen Staat und da scheint es, daß sich die Komödie wiederholen will. Ich glaube, daß mit solchen Mitteln die Staatsverwaltung bei den Deutschen die Liebe zum Vaterlande nicht erwecken wird. Was früher verurteilt wurde, wird heute als richtig und verständlich angesehen. Oder sind die Herren am Regierungsschreibtisch auch von der alten österreichischen Furcht befallen, daß bei der Aussprache des Wörtchens „Dier“ die Grundfesten des Staates erzittern könnten? Ich glaube, daß ein solches Vorgehen unseres nicht würdig ist. Wir schaffen auf jeder Seite auf der anderen Seite „Nationalhelden“ in einer so heillosen Sache. Mögen wir nicht das machen, was wir früher so verurteilt haben! Wiederholen wir nicht die alte Komödie!

Hoffen wir, daß diese offenen Worte aus tschechischem Munde dort, wo es nötig ist, Beachtung finden.

Große Arbeitslosenversammlung in Jägerndorf. Donnerstag, den 8. Feber, fand vormittag im großen Saale des Arbeitervereines in Jägerndorf eine große Arbeitslosenversammlung statt. Genosse Hübl erklärte ausführlich die gegenwärtigen Mängel des bestehenden Arbeitslosenunterstützungsgesetzes und die geplante Kürzung der Unterstützungssätze. Genosse Racher besprach die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise und unsere Forderungen. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. Mehr als tausend Arbeitslose begaben sich dann zur politischen Bezirksverwaltung, wo der gewählte Arbeitslosenrat anerkannt und die Weiterleitung der Forderungen der Arbeitslosen zugesagt wurde. Der Arbeitslosenrat wird den jeweiligen Beratungen bei der politischen Bezirksverwaltung beigegeben.

Ueber das Befinden Dr. Rajhins wurde Freitag folgender Bericht ausgegeben: Auf der Basis der beiden Lungenflügel eine begrenzte trockene Brustfellentzündung. Der Decubitus in der Kreuzgegend erreichte die Größe einer Handfläche und ist ganz trocken. Gestern abends Temperatur 38,5, Puls 110, Atem 24. Heutige Temperatur 36,5, Puls 100, Atem 20. Der Kranke ist etwas ermattet, die Stimmung gut.

Bombenattentat in Ungvar. Die der „Slovensky Bystob“ aus Ungvar mitgeteilt, ist heute nachmittags im Ofen der Privatwohnung des Landesmilitärkommandanten für Karpaten-Rußland General Castellio eine Bombe explodiert, welche in den Ofen mit Holz, das bei einem dortigen Bauer gekauft wurde, gelangt ist. Die Polizei hat in der Wohnung des Holzlieferanten eine Durchsuchung vorgenommen und dort große Munitionsvorräte und andere militärische Gegenstände sichergestellt. Durch die Explosion wurde nur Materialschaden verursacht. Zu Schaden ist niemand gekommen. Die Untersuchung wird fortgeführt.

Die Geldquellen der bayerischen Nationalsozialisten. Das „Berliner Tageblatt“ stellte vor einigen Tagen an die bayerischen Nationalisten die Aufgabe, sie sollen erklären, woher die ungeheuren Geldsummen stammen, die sie für ihre Propaganda verwenden. Dasselbe Blatt brachte dann nach einigen Tagen den Geschäftsbericht der Nationalsozialisten, in dem den 2,5 Millionen Ausgaben rund 3 Millionen Einnahmen entgegenstehen. Der Rechnungsbericht weist nur ganz geringe Zuwendungen von Auslandsdeutschen auf. In dem Berichte seien jedoch nicht jene Summen angeführt, die die Nationalsozialisten für ihren letzten Propagandafeldzug anlässlich ihres Parteitages ausgegeben haben und die diese Millionen betragen müssen. Das „Berliner Tageblatt“ forderte in dieser zweiten Notiz die Nationalsozialisten nochmals auf, klipp und klar zu erklären, wer hinter ihren Auslandsmillionen steht, da Gerüchte verbreitet werden, daß der Geldzufluß der Nationalsozialisten aus französischen Quellen stamme. Adolf Hitler, der Apostel der Nationalsozialisten, hat daraufhin in den Münchner Morgenblättern eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Unterstützung durch französische Gelder als in keiner Form den Tatsachen entsprechend erklärt. Diese Erklärung Hitlers wird jedoch durch eine Mitteilung der Polizeidirektion Münchens Lügen gestraft, in der gemeldet wird, daß ein bekannter Stottruppführer der Nationalsozialisten, Lüdecke, verhaftet wurde und gegen ihn das Verfahren wegen Landesverrat eingeleitet ist. Bei Lüdecke fand man große Beträge in französischen Franken und Dollars. Lüdecke hat nach seiner eigenen Angabe aus diesen Spitzgeldern Hitlerische Sturmtruppen ausgerüstet und ausgehakt. Die Aufwendungen Lüdeckes für die Nationalsozialisten hat deren Parteileitung nicht in ihrer Geschäftsnotizen verzeichnet. Lüdecke ist zwar der Geburt nach Deutscher, hat aber im Kriege die mexikanische Staatszugehörigkeit erworben. Zu seiner Verhaftung kam es, weil er Reichswehrsoldaten bestochen hat, die ihm die Dienstordnung der

Das Ende des irischen Bürgerkrieges.

London, 9. Feber. (AP.) Zur Kapitulation des Kommunisten-Stellvertreters der republikanischen Armee Liam Deasy, den „Manchester Guardian“ als einen der fähigsten und ernstesten republikanischen Führer bezeichnet, wird noch mitgeteilt: Deasy hat kurz vor seiner Hinrichtung den General Mulcahy „im Interesse des Friedens“ um eine Unterredung ersucht. Das Resultat der Unterredung war die Erklärung, die er an einige seiner Genossen, auch an De Valera, sandte. In der Erklärung wird gesagt, daß sich Deasy im Interesse der Zukunft Irlands verpflichtete, es anzunehmen und dazu beizutragen, daß die republikanischen Soldaten augenblicklich und bedingungslos sich auch mit Waffen ergeben und hat folgende Erklärung unterschrieben: „Ich nehme es an und werde dabei helfen, daß alle, auch bewaffnete, Männer sich augenblicklich und bedingungslos ergeben, so wie sie von General Mulcahy dazu aufgefordert werden.“ Deasy fordert seine Genossen in der republikanischen Bewegung auf, eine ähnliche Erklärung zu veröffentlichen und sich auch mit den Waffen zu ergeben. Die Regierung des Freistaates veröffentlichte gestern eine Proklamation, durch welche allen jenen Amnestie gewährleistet wird, die ihre Waffen direkt oder indirekt bis zum 18. Feber abliefern. Die Gefangenen im Limerick Gefängnis baten, daß vier von ihnen auf Ehrenwort entlassen werden, um mit den republikanischen Führern im südlichen Irland über den Frieden zu verhandeln zu können. Gestern nachts kamen zahlreiche Republikaner nach Cork, die ihre Waffen und Munition abliefern und sich, nachdem sie eine Regierungserklärung unterschrieben haben, nach Hause begaben.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Noch immer wachsende Arbeitslosigkeit!

522.070 Personen werden unterstützt.

Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, wurden Mitte Jänner 1923 in der tschechoslowakischen Republik 190.000 Arbeitslose unterstützt, und zwar 135.000 Männer und 55.000 Frauen, wovon noch 170.000 Familienangehörige kamen, das sind also zusammen 360.000 Personen. Außerdem wurden durch die Unternehmungen 105.120 teilweise Beschäftigte mit 56.950 Familienangehörigen, zusammen also 162.070 Personen, unterstützt, alles in allem zusammenge-

men also 522.070 Personen. Um einen Vergleich mit dem Vormonat anzustellen, sei folgendes angeführt. Im Monat Dezember wurden ohne die Familienangehörigen 221.900 Personen unterstützt, Mitte Jänner jedoch 295.120 Personen, also um 73.220 Personen mehr. Wie man sieht, ist also die Wirtschaftskrise noch nicht im Schwinden begriffen, die Zahl der Arbeitslosen wächst noch immer!

Reichswehr sowie das Exzerzierreglement verschaffen sollten.

Ein neuer Erfolg der englischen Arbeiterpartei. Aus London den 9. Feber wird gemeldet: Bei der Erjähwahl in Whitechapel, die infolge des Todes des Arbeitervertreter notwendig wurde, erhielt der Arbeitervertreter Gosling 8398, der liberale Kandidat 6198 und der Prohibitionist 130 Stimmen. Bei der letzten Wahl hatte die Mehrheit der Arbeiterpartei 428 Stimmen betragen.

Ermordung des Warschauer Metropoliten. Donnerstag nachts wurde der Metropolit Georg, das Haupt der orthodoxen Kirche in Polen, in seiner Wohnung ermordet. Er wurde durch drei Revolvergeschosse vom Archimandriten Zmaragd Patizienk niedergestreckt. Der ermordete Metropolit Georg war 51 Jahre alt und während des Jarismus orthodoxer Metropolit in Miew. Dann weilte er in Serbien, von wo er im Jahre 1921 nach Polen kam. Er unterzeichnete im vorigen Jahr als Haupt der orthodoxen Kirche in Polen den Vertrag über die Autokefalie der orthodoxen Kirche in Polen. Der Mörder des Metropoliten Georg Patizienk war seinerzeit Rektor des geistlichen Seminars in Cholim. Der Mörder wurde verhaftet. Bei der Einvernahme erklärte er, daß er Gegner der Autokefalie der orthodoxen Kirche in Polen war und deshalb den Metropolit erschossen habe.

Ein eingegangener gelber Konsumverein. Der in Oberlentendorf von den Deutschen gegründete Konsumverein „Elma“ hat, wie wir der Teplitzer „Freiheit“ entnehmen, die Ausgleichsverhandlungen eingeleitet. Die Passiven dieses Konsumvereines betragen 700.000 Kronen. Bei den Ausgleichsverhandlungen hat sich ein schreckliches Bild kaufmännischer Unfähigkeit, mit der die Gelben diesen Verein zugrunde gerichtet haben. Den Schaden dieses Bankrotts haben natürlich die von den Gelben verleiteten Konsumenten zu tragen, denn der Gründer dieses Konsumvereines, Winter, wird kaum etwas aus seiner eigenen Tasche ersetzen.

Ein Todesurteil in Brünn. Das Brünnener Divisionsgericht hat den Insanctisten Karl Doloupiš, der wegen dreifachen Mordes, verschiedener Raubüberfälle, Diebstahle und Gewalttätigkeiten schuldig erkannt wurde, zum Tode durch den Strang verurteilt.

Der Schmuggel an der sächsischen Grenze. Die Grenzollinspektion in Klingenthal hielt im Jänner insgesamt 107 Schmuggler an, denen Waren im Gesamtwerte von drei Millionen Mark abgenommen wurden. Als Sicherstellung zahlten die Schmuggler rund zehn Millionen Mark.

Die Leschelle des tschechoslowakischen pädagogischen Instituts A. A. Komensky in Prag ist jetzt überflüssig und wurde neu eingerichtet. Sie hat jetzt eine weit größere Lokalität (Prag 3, Letenská 3, 1. Stock), welche den Lesern genügende Bequemlichkeit bietet. Betreffs Zahl und Qualität der Publikationen, welche den Besuchern zur Verfügung stehen,

ist dieses Institut sicher die einzige Einrichtung dieser Art in der ganzen Republik. Es stehen hier 33 tschechische, fünf englische, sechs französische, zwei italienische, 65 deutsche und 20 slawische (kroatische, polnische, russische, slowenische, serbische und bulgarische) pädagogische Zeitschriften und mehr als 10 tschechische wissenschaftliche Revuen aus den verwandten Gebieten den Lesern zur Verfügung. Auch eine große Handbibliothek, welche alle wichtigeren pädagogischen Einzelschriften, Grundhandbücher der Schulung, der körperlichen Erziehung der Jugendfürsorge usw. enthält, mit allen eingeführten Zeitschriften ermöglicht die Umschau und stetige Beobachtung der pädagogischen Strömungen und Reformrichtungen im Schulwesen, die allgemeinen Volkserziehungsbewegungen in der Republik und in den Fremdländern und Studien des Lebens der Lehrerschaft. Die Leschelle ist jetzt an allen Werktagen von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Abgenommen sind nur Feiertage.

Verhaftung der Prager Juwelenräuber. Vor einigen Tagen wurde bekanntlich die Goldwerkstätte der Firma Koll in Prag, Fischmarktstraße, ausgeraubt. Den Dieben liefen damals Gold und Pretiosen im Werte von 300.000 K sowie 14.000 K bar in die Hände. Die gepflogenen Erhebungen ergaben nun, daß der Einbruch von einer ganzen Gesellschaft von Einbrechern verübt wurde, deren Haupt der Goldarbeitergebilde Alois Hermann und Josef Profoupec aus Subentisch sind. Hermann und Profoupec wurden verhaftet, leugneten jedoch anfangs mit dem Einbrüche in Verbindung zu stehen. Auf dem Tatorte wurde ein Postpapier gefunden, auf dem sich die Adresse einer Frau Anna Bauer, Wien 15, Zingasse 21, fand. Profoupec gab zu, daß er mit dem Sohne der Bauer in Korrespondenz stehe und mußte dann auch schließlich zugeben, daß er von dem Einbrüche wisse. Nach seiner Angabe sei der Einbruch von dem Sohne der Bauer, dem Schlossergesellen Hugo Schwell und dem Tischergesellen Ladislav Cejpa aus Wien verübt worden. Hermann habe den Einbrechern über die Verhältnisse der Firma Koll Informationen gegeben. Profoupec sei dann nach der Tat mit den Einbrechern auf dem Rosarybathhof zusammengelommen, von wo sie zu seinem Bruder auf den Böhmerhof fuhren, damit die Einbrecher sich dort unmissen könnten. Die Gesellschaft sollte dann auf dem Böhmerhof zusammenkommen, doch kam es nicht mehr dazu, da Profoupec bereits zwei Stunden nach Aufhebung der Tat verhaftet wurde. Da die weiteren Spuren der Räuber nach Reicheneberg führten, begaben sich Polizeiorgane dorthin, wo sie auch die Räuber auf dem Polizeikommissariate festnahmen, als diese wegen Verletzung ihrer Fülle dort vorstuden. Die Räuber gestanden, daß sich das geraubte Geld auf dem Wolschaner Friedhof in einer Tasche verheimlicht befindet. Man fand auch tatsächlich die Tasche hinter einem Grabstein. Es besteht der dringende Verdacht, daß die verhaftete Einbrechergesellschaft am 2. Febr. bei der Beisetzungs Doppel einen Einbruch verübt hat, denn Cejpa und Schwell weisen zur kritischen Zeit in Prag.

Gerichtssaal.

Ein Todesopfer des Spielens mit Schusswaffen.

Prag, 9. Feber. Der 20jährige Fleischhauergebilde Adolf Pely besuchte am 29. September des Vorjahres seinen Onkel Chroust, der in Reperov mit einer Schautruppe weilte. Chroust wohnte im Hause der Bäuerin Anna Jach, wo er auch die ganzen Attentionen der Truppe aufbewahrt hatte. Sein Neffe Pely durchstörte die Kammer, in der sich diese Sachen befanden und entdeckte dort eine Flobertpistole, die er ins Wohnzimmer nahm. Als die Hauswirtin Jach hereinkam, legte er auf sie schmerzlos an, ohne zu wissen, daß die Pistole geladen war. Der Schuß ging los und Anna Jach wurde so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Stunden starb. — Adolf Pely hat sich heute vor einem Straffenat des OGH, Hlouček zu verantworten. Er wurde mit Rücksicht auf seine Jugend und auf seine Unbescholtenheit zu drei Monaten schweren Kerkers bedingt verurteilt.

Mund halten!

Brünn, 8. Feber. Vor einem Straffenat des Brünnener Landesgerichtes hatte sich gestern der Besitzer einer elektrotechnischen Werkstätte Alois Vejvoda wegen Gutheißung des Attentates auf Dr. Kassin zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 5. Jänner vor der Redaktion des „Den“ in Brünn die Äußerung gemacht: „Sie hätten ihm noch 25 dazugeben sollen.“ Vejvoda wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Der Angeklagte war bei der Verhandlung geländig und wurde zu sechs Wochen Arrest bedingt auf zwei Jahre verurteilt. Der Staatsanwalt legte wegen der Zuerkennung der Verdängtheit die Verurteilung ein.

Ein Freispruch.

Prag, 9. Feber. Das Ehepaar Marie und Anton A. lebte seit drei Jahren getrennt. Die Frau hatte in der Ehe viel zu leiden gehabt, trotzdem aber den Lohn und die Tochter des Anton A. aus erster Ehe gut erzogen und ausbilden lassen. Der Mann nahm der armen Frau die ganzen Möbel weg, als sie auseinandergingen und weigerte sich, sie ihr zurückzugeben. Als einmal bei ihm eine Exekution vorgenommen wurde, ließ er diese Möbel ohne weiteres beschlagnahmen, nachdem er knapp vorher eine Zimmereinrichtung an einen gewissen Zedlaczek verkauft hatte. Frau A. erfährt von diesem Verkaufe, ging zu Zedlaczek hin und ließ die Zimmereinrichtung während dessen Abwesenheit wieder wegführen. Frau A. hatte sich daher heute wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit nach § 83 zu verantworten. Sie wurde jedoch freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß sie sich in einem rechtlichen Irrtum befand, der von der Ueberzeugung ausging, sie dürfe frei über ihr Eigentum, wo immer es sich auch befinden, verfügen.

Rowdies.

Prag, 9. Feber. Der Kaiser Karl Silha und seine Frau gerieten am 23. Mai 1921 in einer Weinstube in Rodlitz mit den Gästen in Streit und zerfahlen bei der „handgreiflichen“ Auseinandersetzung Einrichtungsgegenstände im Werte von 500 Kronen. Kurze Zeit darauf drohte Silha dem Besitzer der Weinstube mit Totschlag. Weiter hat er von einem gewissen Suran Schläuche im Werte von 400 K gekauft, obwohl diese von einem Diebstahlskannanten. Silha ist schließlich auch in einen Verderbstahl verwickelt, dessen Teilnehmer auf einem Bahnhof in der Nähe von Prag angehalten wurden und nach Zurücklösung ihrer Kuffode die Flucht ergreifen mußten. Damals wurde ein gewisser K r o -

zselgenommen, während ein Gendarmereoffizier den Silha davonlaufen ließ. Das Ehepaar Silha und Krovos standen heute vor einem Straffenat des OGH, Winter. Sie waren wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und Beihilfe zum Diebstahl angeklagt. Silha erhielt vier Monate, seine Frau sechs Wochen und Krovos zwei Monate schweren Kerkers. Die Beurteilung der Frau und des Krovos erfolgte bedingt.

Ein Prozeß der Wiener „Delnické listy“.

Wien, 9. Feber. Heute fand die Verhandlung gegen den kommunistischen Redakteur, das ehemalige Mitglied der Redaktion „Delnické listy“, Franz Richter statt, der das Blatt auf einer Versammlung beschuldigte, daß es von der tschechoslowakischen Republik unterjocht werde und von ihr Bestrafungsgelder annehme. Nach durchgeführtem Gerichtsverfahren wurde Franz Richter zu fünf Millionen Geldstrafe, in Nichterbringungsfall zu zehn Tagen Arrest verurteilt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis misslungen ist und daß seine Angaben nicht einmal der Wahrscheinlichkeit entsprechen. (Franz Richter wurde seinerzeit wegen kommunistischer Unruhen in Goding verurteilt und floh vor der Strafe nach Oesterreich.)

Literatur.

Udwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 412 Seiten. Preis R 30.000 broschiert; K 60.000 gebunden. (Bei Auslandsbestellungen Umrechnung zum Lagerort. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 18.) Der dritte Band umfaßt die Entwicklung der Partei in den Jahren 1878 bis 1889, eine auch für die politische Geschichte des Oesterreichs wichtige Epoche. Nachdem am Ende der siebziger Jahre Gewaltmaßregeln den Sozialismus scheinbar niedergeschlagen hatten, gelang es in den folgenden Jahren der proletarischen Bewegung in Oesterreich neuerlich Fortschritte zu machen. Die alte Internationale war 1876 zerfallen. Diefem Zerfall folgten in Oesterreich Zwistigkeiten. Die Gegensätze zwischen gemäßigten und radikalen Elementen wurden immer größer. Allmählich erkannte die Mehrheit der Arbeiterpartei die Notwendigkeit, diesem inneren Parteihad ein Ende zu machen, und Ende 1888 vollzog sich die Einigung aller Sozialisten in Oesterreich. Kurze Zeit vorher ist Viktor Adler in die Reihen der Partei getreten. Er hat sie von jenem Tage an bis zu seinem Lebensende geführt, er hat ihren Aufstieg von einer kleinen und verachteten Schaar von Vorläufern bis in jene Zeit geführt, da sie die mächtigste Partei unferer Republik wurde. Seiner Person ist es gelungen, die letzten Reste von Zwiespalt und Parteihad, die die Jahre 1870—1889 zur traurigsten Zeit der österreichischen Arbeiterbewegung machen, zu beseitigen, und hat alle Bedingungen geschaffen, die für den Aufstieg der Partei notwendig waren. Unter seinem Einfluß hat sich die Reinigung und Stärkung der Partei vollzogen. In diesem Band kommt zu den Quellen, die der Verfasser benützt, bereits die Sozialdemokratische Presse hinzu und namentlich die „Wiener Gleichheit“ enthält eine Fülle wichtigen und interessanten Materials, das der Verfasser auszuwerten sich bemüht hat. Auch amtliche Quellen hat er in reichem Maße zur Fundierung seiner Darstellungen benützt, so daß vor dem Leser die ganze Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1878—1886 ersicht. — Das Buch ist in allen Buchhandlungen, bei den Schriftenabteilungen der Parteiblätter, den Partei- und Betriebskomiteen, sowie direkt beim Verlag erhältlich.

Herodias.

10

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Haubert.

Vitelius verglich sie Anester, dem Pantomimen. Aulus spie noch weiter. Der Tetrarch verlor sich in einem Traum und dachte nicht mehr an Herodias. Er glaubte sie bei den Sadduzäern zu sehen. Das Gesicht schwand.

Es war kein Gesicht. Sie hatte Salome, ihre Tochter, fern von Machirus erziehen lassen, damit der Tetrarch für sie entbrenne; und der Plan war gut. Jetzt war sie es gewiß.

Dann war es der Aufrubr der begehrten Leidenschaft. Sie tanzte wie die indischen Priesterinnen, wie die Kubierinnen von den Katakten, wie die Bacchantinnen Lydiens. Einer Blüte gleich, die der Sturm umherwirft, bog sie sich nach allen Seiten. Die Demanten aus ihren Ohren hüpfen, der Stoff auf ihrem Rücken ließ seine Farben spielen; von ihren Armen, ihren Beinen, ihren Gewändern sprühten unsichtbare Funken, die die Männer entzündeten. Eine Harke sang; die Menge flätschte Beifall. Ohne die Knie zu beugen, neigte sie sich bei gespreizten Beinen so weit zurück, daß ihr Hint den Boden berührte; und die an Enthaltensheit gewöhnten Romaden, die in Ausschweifungen erfahrenen römischen Soldaten, die geizigen Jöllner, die in Disputen versauerten Priester, alle zitterten, die Rüstern aufgerissen, vor Weibheit.

Hierauf wirbelte sie toll wie ein Regenkreisel um den Tisch des Antipas, und mit einer Stimme, die in Wollust schluchzend erstidte, sagte er zu ihr: „Kommt! kommt!“ Sie wirbelte weiter; die Tympanons lärmten zum Zerpringen; die Menge heulte. Aber der Tetrarch schrie noch lauter: „Kommt! kommt! Du sollst Kapernaum haben! Die Ebene von Librias! Meine Burgen! Die Hälfte meines Königreichs!“

Sie warf sich auf die Hände, die Stödel in

der Luft, ließ so wie ein großer Skorabäus über die Estrade und hielt jählings an.

Ihr Nacken und ihr Nackgrat bildeten einen rechten Winkel. Die bunten Stoffe, die ihre Beine umhüllten, fielen über die Schultern wie Regenbogen und umschlossen ihr Gesicht, das sich eine Elle weit vom Boden befand. Ihre Lippen waren geschminkt, ihre Brauen sehr schwarz, ihre Augen schier furchtbar, und die kleinen Tropfen auf ihrer Stirn erschienen ein Niederschlag auf weißem Marmor.

Sie sagte nichts. Beide betrachteten einander. In der Galerie schnippte jemand mit den Fingern. Sie bog sich hinaus, kam zurück und, ein wenig mit der Junge anstehend, sprach sie mit kindlichem Ausdruck diese Worte:

„Ich will, daß du mir gebest auf einer Schüssel das Haupt...“ Sie hatte den Namen vergessen, aber sie fuhr lächelnd fort: „Das Haupt des Jochanan.“

Der Tetrarch sank in sich zusammen, vernichtet. Er war durch sein Wort gebunden, und das Volk wartete. Aber wenn der Tod, von dem man ihm prophezeit hatte, sich auf einen andern wendete, verschonte er vielleicht ihn selbst. Und war Jochanan wirklich Elias, so konnte er sich ihm entziehen; war er's aber nicht, so hatte der Verd weiter keine Bedeutung.

Mannai stand bei ihm und verstand, was er wollte. Vitellius rief ihn zurück, um ihm das Loswort anzuvertrauen, da die Grube von Wachen besetzt war.

Das war eine Erleichterung. In eine Minute war alles getan! Aber Mannai war durchaus nicht still in seiner Arbeit.

Er kam zurück, aber verstört. Seit vierzig Jahren übte er das Henscrant. Er hatte Aristobul ertränkt, Alexander erwürgt, Matathias lebendig verbrannt, Josinus, Pappus,

Joseph und Antipater geföpft; aber Jochanan zu töten, hatte er nicht den Mut. Seine Zähne klapperten, sein ganzer Körper zitterte.

Er hatte vor der Grube den Hohen Engel der Samariter erblickt, den ganz mit Augen bedekten, wie er ein riesiges rotes und einer Flamme gleich gezacktes Schwert schwang. Zwei Soldaten, die er als Zeugen mitbrachte, konnten darüber aussagen.

Sie hatten nichts gesehen, nur hatte sich ein jüdischer Hauptmann, der nicht mehr lebte, auf sie gestürzt.

Die Wut der Herodias entlod sich in einem Strom von bödelmäßigen und blutigen Schimpfverben. Sie brach sich die Nägel an dem Gitterwerk der Galerie, und die beiden feineren Löwen schienen ihre Schultern zu beißen und wie sie zu brüllen.

Antipas tat dasselbe. Denn Priester, Soldaten und Phariseer schrien alle nach Rache oder waren entriest, daß man ihnen ein Vergnügen vorerthieß.

Mannai verhielte sich das Antlis und ging. Die Gäste sanden, es dauere noch längere Zeit als das erste Mal. Man wurde ärgerlich. Plötzlich widerballte ein Schritt in den Gängen. Die Mißstimmung wurde unerträglich. Das Haupt kam herein: Mannai hielt es an den Haaren, mit ausgestrecktem Arm, stolz über den Beifall.

Dann legte er es auf eine Schüssel und reichte es Salome.

Sie eilte in die Galerie hinaus; einige Minuten später brachte jene alte Frau, die der Tetrarch am Morgen auf dem flachen Dach eines Hauses und darauf in dem Zimmer der Herodias gewahrt hatte, das Haupt zurück.

Er wandte sich ab, um es nicht zu sehen. Vitellius warf einen gleichmütigen Blick darauf. Mannai stieg von der Estrade wieder herab und zeigte es den römischen Hauptleuten, dann allen denen, die auf dieser Seite speisten.

Sie betrachteten es sorgfältig.

Die scharfe Schneide des Werkzeuges hatte, von oben nach unten gleitend, den Kiefer angechnitten. Ein Krampf verzog die Mundwinkel. Schon geronnenes Blut flehte im Barie. Die geschlossenen Lider waren blaß wie Muscheln; und die Mandelaber ringsum warfen Lichtstrahlen.

Es gelangte an den Tisch der Priester. Ein Phariseer drehte es neugierig um, und Mannai stellte es, nachdem er es wieder aufrecht gesetzt hatte, vor Aulus, der dadurch erwachte. Durch den Spalt ihrer Wimpern schienen die toten Pupillen und die erloschenen einander irgend etwas sagen zu wollen.

Dann reichte es Mannai Antipas hin. Tränen liefen dem Tetrarchen über die Wangen. Die Fackeln erloschen. Die Gäste zogen ab, und im Saal blieb nur Antipas zurück, der, die Schläfen in die Hände gestützt, auf das Haupt starrte, während Jochanan in der Mitte des großen Schiffes aufrecht dastand und mit erhobenen Armen Gebete murmelte.

Eben als die Sonne aufging, trafen zwei Männer, die Jochanan seinerzeit ausgeschiedt hatte, mit der so lange erwarteten Antwort ein.

Sie vermuteten sie Jochanan an versteinen ihn dadurch in selbige Freude.

Dann zeigte er ihnen den schauderhaften Gegenstand auf der Schüssel zwischen den Ueberresten des Gelaes. Einer der Männer sagte zu ihm:

„Sei getrost! Er ist zu den Toten hinab, um ihnen den Messias anzukündigen!“

Der Essener verstand nun das Wort: „Er muß waschen, und ich muß abnehmen.“

Und die drei Männer nahmen das Haupt Jochanans und zogen in der Richtung gen Galiläa hinweg.

Da es sehr schwer war, trugen sie es abwechselnd.

Ende.

